

# Arbeiterpolitik

Informationsbriefe für unsere Leserinnen und Leser

## Bei CDU und CSU wachsendes Unbehagen in der „demokratischen Mitte“

Als Friedrich Merz zum Bundeskanzler gewählt wurde, verbanden gerade die konservativsten Teile von CDU und CSU damit große Hoffnungen. Merz brachte noch in den letzten Tagen der vorigen Legislaturperiode einen Entschließungsantrag zum Thema Migration ein, und er nahm dabei bewusst in Kauf, dass dieser nur mit Hilfe der AfD eine Mehrheit bekommen konnte. So demonstrierte er die Abkehr von der Politik Angela Merkels, die für eine liberalere CDU stand. Nach seiner Wahl zum Kanzler sehen viele in der CDU ihre Erwartungen aber nur zum Teil erfüllt. In der Migrationspolitik dürften diese wohl am weitestgehenden umgesetzt worden sein. Aber die Aufhebung der Schuldengrenze war für viele eine schwer zu schluckende Kröte. Und die deutsche Wirtschaft leidet weiter an Schwindsucht: Regelmäßig gibt es Meldungen über den Abbau zehntausender Arbeitsplätze. Und gerade bei Themen wie Liberalisierung der Wirtschaft und beim Sozialabbau geht es trotz vielfacher Ankündigungen nicht so schnell voran, wie es sich viele in der Partei wünschen. Dies sorgt in der Mitgliedschaft und auch in der Bundestagsfraktion für Unzufriedenheit.

Seit den 1990er werden in allen europäischen Ländern rechtsradikale Parteien immer stärker. Sie gewinnen mit dem Thema Migration und können so den weit verbreiteten Unmut über die fehlenden Zukunftsperspektiven des Kapitalismus auffangen. Die Zustimmung für rechte Parteien geht zu Lasten nahezu aller anderer Parteien, ob konservativ, sozialdemokratisch, liberal

oder auch links. Die rechten Parteien gelten als Schmutzdelkinder, unseriös, und eine Zusammenarbeit war lange Zeit tabu. Die Parteien, die früher die Politik prägten, erfanden für sich den Begriff der „Demokratischen Mitte“. In Deutschland wurde wortgewaltig der Begriff der „Brandmauer“ eingeführt, um eine Zusammenarbeit dieser Parteien mit der AfD zu verhindern. Mit dem Erstarren der Rechten, wird es immer schwieriger stabile Koalitionen zu bilden, wenn die Parteien rechts außen nicht einbezogen werden sollen. Die reinen Mehrheitsverhältnisse würden den konservativen Parteien jedoch die Möglichkeit eröffnen, Teile ihres Programms mit Unterstützung von rechts durchzusetzen. Das Tabu einer Zusammenarbeit wird für Teile der Konservativen deshalb immer schwerer zu vermitteln. Vermehrt gibt es auch bei CDU/CSU Ansätze für ein Durchbrechen der Brandmauer. Eher unauffällig geschah das bei einer Abstimmung im Europaparlament zum Lieferkettengesetz.

### Lieferkettengesetz im EU-Parlament – Klasseninteresse überspringt Brandmauer

Zu den immer wiederkehrenden Klagen aus dem Unternehmerlager gehört das Stöhnen über das „Bürokratiemonster“, das den Unternehmen die Freiheit zum Atmen nehme. Wenn es konkreter wird, dann ist meist auch das „Lieferkettengesetz“ als mitschuldig aufgeführt.

Ein Lieferkettengesetz hat eine Bedeutung, wenn Unternehmen für die Herstellung oder den Vertrieb von Wa-

Nach den diesjährigen Landtagswahlen werden die Diskussionen über die „Brandmauer“ und die Strategie in den Unionsparteien zunehmen und zu einer Entscheidung drängen.



TOP-NEWS

STRATEGIETAGUNG DER CDU

MERZ BEKRÄFTIGT ABGRENZUNG GEGENÜBER AfD

ren mit Sub und Sub-Sub-Unternehmen arbeiten. Es soll verhindert werden, dass die Auftraggeber die billigsten Sub-Unternehmen mit der Ausführung von Arbeiten beauftragen und sich nicht für die dort herrschenden Arbeitsbedingungen verantworten müssen. Dabei geht es nicht nur z.B. um Näherinnen in Bangladesch, auch in Deutschland spielt das Lieferkettengesetz am Bau oder bei Speditionen eine Rolle. Bei Kinderarbeit, sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen, umweltschädlichen Produktionsverfahren oder bei Verstoß gegen Arbeitsgesetze, sollen Betroffene das Unternehmen an der Spitze der Wertschöpfungskette beklagen können. Beim Streik von LKW-Fahrern an der Raststätte Gräfenhausen wurde deutlich, dass auch große und angesehene Unternehmen zum Transport ihrer Waren die windigsten Spediteure in Anspruch nehmen, z.B. Bauhaus, OBI, IKEA, DHL, Porsche u.a.

Daher ist es nicht nur bürokratischer Aufwand, der die Kapitalisten am Gesetz stört. Es geht um die Freiheit des Kapitals, die Geschäfte möglichst kostengünstig abwickeln zu können.

Im EU-Parlament wurde mehrere Jahre lang eine Lieferkettenrichtlinie beraten. Diese stieß jedoch auf heftigen Protest der Unternehmerverbände. Die EVP-Fraktion im Europaparlament setzte daraufhin p, Beratungen mit Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen einen neuen, weitgehend zahnlosen Entwurf durch. Dieser fand im EU-Parlament jedoch keine Mehrheit, da viele Abgeordnete aus sozialdemokratischen Parteien dagegen stimmten. Die Fraktion der EVP brachte daraufhin einen eigenen Entwurf im Parlament ein. Dieser konnte nur mit Hilfe der Rechtsaußen-Fraktionen eine Mehrheit finden.

Die EVP und ihr Sprecher Manfred Weber (CSU) feierten ihren Sieg als einem »guten Tag für europäische Unternehmen und die Wettbewerbsfähigkeit«. Im ZDF erklärte Weber: „Und deshalb muss ich sagen, war es folgerichtig, dass dann die EVP-Fraktion gesagt hat: Wenn ich mich auf die Absprache mit den Sozialdemokraten nicht verlassen kann, beantragen wir das, wovon wir überzeugt sind.“ Und dann im Gegensatz dazu die gängige Floskel: „Die Brandmauer steht auch auf europäischer Ebene.“

Mit Verweis auf die sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten sieht auch die FAZ kein Problem: *„Dass die EVP ihre eigenen Anträge jetzt weniger verwässert durchsetzen konnte, hat wenig mit einer vermeintlich eingestürzten Brandmauer und viel mit der ideologischen Verbahrheitung von Teilen dieser beiden Fraktionen zu tun, denen die Entlastung der Wirtschaft schlicht egal ist.“* (FAZ, 13.11.2025)

Wenn für konservative Parteien eine Einigung in der Mitte nicht möglich ist, dann ist eine Zusammenarbeit mit den Rechten also kein Tabubruch, sondern die Schuld von Grünen und Sozialdemokraten. Hier wird ein klarer Klassenstandpunkt vertreten.

## Deutschland: Teile der CDU unzufrieden mit dem Regierungskurs

Im Bundestag zeigte sich die Unzufriedenheit vieler Abgeordneter bisher in eher symbolischen Nadelstichen, die den Koalitionsfrieden aber dennoch gehörig störten.

So bei der Weigerung vieler Unionsabgeordneter die Juristin Brosius-Gersdorf nicht als Richterin des Bundesverfassungsgerichts zu wählen. Brosius-Gersdorf wurde von der SPD vorgeschlagen und sollte nach Absprache der Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD gewählt werden. In rechten Medien, vor allem im Portal nius.de gab es eine regelrechte Kampagne gegen ihre Wahl. Sie wurde als linksradikale Aktivistin bezeichnet, was bei Unionsmitgliedern natürlich erst einmal alle Alarmglocken schrillen ließ. Nius.de brachte vor der geplanten Wahl im Bundestag innerhalb von zehn Tagen zwanzig Artikel mit dem Ziel, sie zu diffamieren und ihre Wahl zu verhindern. Nius.de ist nicht irgendeine Plattform. Frank Gotthard, Gründer von nius.de, ist nicht irgendwer. Er hat gute Kontakte in die CDU und ist Ehrenvorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates in Rheinland-Pfalz. Mit an Bord ist auch Julian Reichelt, einst Chefredakteur der Bildzeitung, der unablässig scharfe Kritik an der Politik von Friedrich Merz übt. Die Affäre wurde durch den Verzicht der Juristin auf ihre Wahl gelöst und die Kritiker können sich als Sieger sehen.

Politisch bedeutender als der Fall Brosius-Gersdorf ist die Ablehnung, auf die das geplante Rentenpaket in Teilen der Partei stieß. Wenn nius.de in dieser Frage immer wieder von einem Aufstand gegen Merz berichtet, ist das natürlich übertrieben. Angestoßen wurde die Debat-

## Heft Nr. 1 · Januar 2026 · Jahrgang 67

|                                                                                                                          |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Bei CDU und CSU wachsendes Unbehagen in der „demokratischen Mitte“                                                       | 1  |
| Streiflichter zu den Kommunalwahlen am 14. September 2025 in NRW                                                         | 4  |
| Gewerkschaft und Friedensbewegung Diskussion in der IG Metall Hanau/Fulda                                                | 5  |
| Korrespondenz<br>Größte Demonstration gegen den Genozid in Gaza                                                          | 9  |
| Dokumentiert:<br>Offener Brief an die Linke wegen des Parteiausschlusses von Ramsy Kilani                                | 11 |
| Korrespondenz: Solidaritätsreise nach Griechenland Konservative haben abgewirtschaftet – es fehlt eine linke Alternative | 12 |
| Ulrike Eifler auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz: Gedenkrede für Rolf Becker                                               | 15 |
| Einige Gedanken zur neuen US-Sicherheitsstrategie Weltmacht Nr. 1 kämpft gegen ihren Niedergang                          | 17 |
| Buchbesprechung:<br>Willi Bleicher – Texte eines Widerständigen                                                          | 20 |

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis  
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
Adresse: GFSA e.V. • Weststraße 20 • 57072 Siegen  
Konto: GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05  
kontakt@arbeiterpolitik.de • Internet: arbeiterpolitik.de

te durch die Junge Union, die für sich beansprucht, für die ganze junge Generation zu sprechen. Die Parteijugend stellt die Rentenfrage als Generationenkonflikt dar. Die Jungen zahlten immer höhere Beiträge für immer mehr Rentner und das sei nicht mehr zumutbar. Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union musste sich Kanzler Merz heftige Kritik gefallen lassen. Die „Junge Gruppe“ in der Bundestagsfraktion drohte damit, dem Gesetz nicht zuzustimmen. Der Wirtschaftsflügel stieß ins gleiche Horn und ergänzte, dass steigende Rentenbeiträge auch der Wirtschaft „die Luft zum Atmen“ nähmen. Sowohl Arbeitgeber als auch ihnen nahestehende Medien fordern die „Junge Gruppe“ auf, bei ihrem Standpunkt zu bleiben und gegen das Gesetz zu stimmen.

Es entstand der Eindruck einer Konfrontation zwischen Fraktionsführung und Abweichlern. Die Bundestagsmitglieder der Jungen wurden von der Fraktionssitzung erheblich unter Druck gesetzt, damit sie dem Rentenpaket zustimmen. Eine Ablehnung des Gesetzes im Parlament wäre nicht nur für den Kanzler, sondern für die Regierung insgesamt ein dauerhafter Schaden gewesen. Sieben Abgeordnete aus der CDU stimmten dennoch gegen die Gesetzesvorlage.

Auch wenn das Gesetz so mit der sogenannten Kanzlermehrheit verabschiedet wurde, wird eine starke Unzufriedenheit in den Unionsparteien mit dem Kurs von Friedrich Merz deutlich. Die Erwartungen an eine konservativere Politik konnte er nicht erfüllen. Die Wirtschaftskrise schwelt weiter und die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen verbessert sich nicht. Im Bündnis mit der SPD können die wirtschafts- und sozialpolitischen Programme der CDU/CSU nicht im vollen Umfang oder nur verzögert umgesetzt werden.

Eine Zusammenarbeit mit der AfD, die sich in einigen Punkten rechnerisch, aber auch politisch anbietet, ist im Bundestag nicht so einfach umzusetzen wie im EU-Parlament. Im Europaparlament gibt es keine feste Koalition und wechselnde Mehrheiten sind nicht ungewöhnlich.

Im Bundestag würde dies zu einer Regierungskrise führen und mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Ende der Regierung. Als Alternative bliebe nur eine Koalition mit der AfD. Die wird aber auch weiterhin von allen Gruppierungen in der CDU und auch von allen Kapitalverbänden abgelehnt. Zumindest auf Bundesebene spricht vieles dagegen: die außenpolitische Orientierung Deutschlands, die Einbindung in die EU, um dort im Interesse des Kapitals eine führende Rolle übernehmen zu können.

Es ist aber nicht zu übersehen, dass sich aus der Unzufriedenheit über dem Regierungskurs in der Union eine Strömung herausbildet, die weiter nach rechts drängt. Kompromisse mit der SPD soll es nicht mehr so einfach geben wie bisher. Weitere Koalitionskrisen sind somit wahrscheinlich. Auch gemeinsame Abstimmungen mit der AfD in der einen oder anderen Frage scheinen für einige aus CDU und CSU verlockend. Die SPD hat, außer auf die nächsten Wahlen zu warten, keine wirkliche Alternative zur Fortsetzung der Koalition um jeden Preis. Das bedeutet, dass sie dem Drängen nach rechts öfters wird nachgeben müssen. Das aber heißt verschärfter Sozialabbau, Angriff auf Interessen der Arbeiterklasse und auf demokratische Rechte.

Auf Länderebene werden nach den Wahlen im nächsten Jahr in den ostdeutschen Ländern für die CDU Kooperationen mit der AfD unumgänglich sein. Wenn die AfD stärkste Partei wird, könnte eine Regierungsbildung ohne die AfD sogar unmöglich werden.

Immer wieder wird von Gegnern der AfD gefordert, die CDU solle die Brandmauer nicht schleifen, sondern erneuern. Das „Zentrum für politische Schönheit“ errichtete vor der Berliner CDU-Zentrale ein Denkmal für den von einem Rechtsextremisten erschossenen ehemaligen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. So soll sichtbar gemacht werden, „was nicht vergessen werden darf: dass die rote Linie zwischen Konservativen und Rechtsextremisten für die Demokratie verläuft.“

Das Zentrum hat dabei aber übersehen, dass Konservative und rechte Parteien beide auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehen. Das freie Unternehmertum spielt in ihrer Programmatik eine große Rolle. Das ist die gemeinsame Basis auf der früher oder später die „Brandmauer“ überwunden werden könnte, wenn in der demokratischen Mitte die Möglichkeit für Kompromisse immer weiter schwindet.

16. Dezember 2025 ■

Beiträge und Dokumente zur Diskussion:

Der Aufstieg des Rechtspopulismus  
Kampf gegen rechts – Aber wie?  
Die politische Rechte in der Weimarer Republik  
und die Analysen der KPD-Opposition

# Rechtsentwicklung heute und in der Weimarer Republik.

## Droht ein neuer Faschismus?

Eisenach, April 2018: IG Metall-Kolleginnen und Kollegen drängen Björn Höcke und sein AfD-Häufchen aus der Demonstration der Opelaner.

Juli 2020 · 3,- Euro  
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik

**Beiträge und Dokumente zur Diskussion:**  
**Der Aufstieg des Rechtspopulismus · Kampf gegen rechts – Aber wie?**  
**Die politische Rechte in der Weimarer Republik und die Analysen der KPD-Opposition**  
**Juli 2020 · 3,- Euro · Hrsg.: Gruppe Arbeiterpolitik**

<https://arbeiterpolitik.de/2020/07/arbeiterpolitik-sondernummer-2020/>



# Streiflichter zu den Kommunalwahlen am 14. September 2025 in NRW

Die Wahlbeteiligung lag bei 56,8 Prozent, somit um 4,9 Prozent höher als bei der letzten K-Wahl 2020. Dies mag einem größeren Interesse an der aktuell aufgeladenen politischen Großwetterlage (Kriegs-Propaganda, kriselnde Wirtschaft, Sozialängste) geschuldet sein. Der Kommunalwahlkampf hat sich aber doch mehrheitlich auf spezifisch kommunale Themen bezogen, selbst wenn führende Funktionäre als Mobilisierer vor Ort aufgetreten sind.

Das Wahlergebnis hat sich letztlich nicht sonderlich unterschieden von den Umfragen, die in NRW bezogen auf die Bundesebene gemacht worden sind. Dies hat allenthalben bei CDU und SPD zu Aufatmen geführt – trotzdem ja Stimmenverluste eingefahren worden sind (CDU -1,0, SPD -2,2) hin zu historischen Tiefständen.

Die FDP setzt ihren Abwärtstrend fort, mit 3,7 (-1,9). Auch bei den Grünen hält sich das Lamentieren in Grenzen; denn Umfragen haben im Vorfeld klargemacht, dass das hohe Ergebnis von 2020 (20,0) nicht zu halten sein würde. Die eingefahrenen 13,5 Prozent haben natürlich zur Folge, dass lange Gesichter vor Ort zu sehen waren bei denen, die ihres Ratspöschens verlustig gegangen sind. Die Linke hat sich zwar mehr erhofft als die 5,6 Prozent (+1,8) landesweit. Aber wenn man bedenkt, dass sie bisher bei Landtagswahlen deutlich unter 5 Prozent geblieben war, dann kann Die Linke das Ergebnis durchaus positiv werten, zumal sie ja nicht in allen Kommunen KandidatInnen aufstellen konnte. Skaliert man das Ergebnis hoch, dann läge die Linke in NRW bei einer Bundestagswahl über 6 Prozent. Selbst das BSW zieht bei 1,1 Prozent mit ca. 40 Kommunal-Pöstchen in die regionalen Vertretungen ein.

Der eigentliche Wahlgewinner ist jedoch klar die AfD (14,5 Prozent im Vergleich zu 2020 9,4 Prozent). Und auch hier muss hinzugefügt werden, dass die AfD nicht überall KandidatInnen aufstellen konnte, sodass sie hochskaliert auf mehr Stimmenanteile gekommen wäre. Bei den selbstzufriedenen Kommentaren von SPD, Grünen und CDU, dass es keinen AfD-Bürgermeister gibt, wird unter den Tisch gekehrt, dass eine deutlich gewachsene Anzahl von Rechtsradikalen bis hin zu dezidierten Nazis (in der Stadt Hilchenbach sitzt ein III-Weg-Mitglied im Rat) in den lokalen Parlamenten ihre Basis erweitert hat. Zwar hat sich die AfD mehr erhofft, aber sie wird vor Ort mit ihren stark gewachsenen Mandatsträgern viel mehr Aufreger produzieren können als in der Vergangenheit.

Wie bereits erwähnt, hat der Bundestrend auf die Kommunen durchgeschlagen. Für uns ist wichtig festzuhalten, dass einerseits nicht wie befürchtet, es noch größeres Umschwenken in Zentren der gewerblichen Arbeit hin zur AfD gegeben hat. Andererseits haben dann doch in Wohngebieten mit merklich abgehängten Teilen der Arbeiterklasse noch mehr WählerInnen ihr Kreuz bei der AfD gemacht. Dies nur mit einer Protesthaltung zu erklären, greift zu kurz. In diesen Vierteln ist Hoffnungslosigkeit verbreitet. Keine linke Organisation ist gegenwärtig in der Lage, vor Ort präsent zu sein und da glaubhafte Orientierungsprojekte zu bieten.

Die viel beschworene Brandmauer scheint nicht nur im Osten Geschichte zu sein. Zunächst auf lokaler Ebene wird es vermehrt auch in NRW Zusammenarbeit und Zugeständnisse geben. Dabei muss man sich nicht an Spekulationen beteiligen wie in Siegen, dass dort der bisherige CDU-Bürgermeister, ein dezidiert AfD-Gegner, von einem jungen SPD-Nobody mit 7 Stimmen Unterschied abgelöst worden ist, weil die AfD mehr oder weniger offen zur Wahl des SPD-Kandidaten aufgerufen hat. Denn in vielen Räten wird debattiert, ob nicht aufgrund der deutlichen AfD-Stimmenzuwächse auch eine „kommunale Mitwirkung“ angebracht wäre.

Wie die bürgerlichen Parteien die Brandmauer selbst schleifen, soll folgendes Beispiel illustrieren. So hat der Rat der Stadt Bad Berleburg mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen einstimmig die AfD-Kandidaten zum Vorsitzenden und einen zum Stellvertreter des Wahlprüfungsausschusses gewählt. Der Hinweis, dass laut Kommunalgesetz NRW die Wahl zwingend gewesen wäre, wird selbst nach Ansicht der konservativen Siegenger Zeitung als vorgeschoben interpretiert. Es ist zwar richtig, dass der AfD aufgrund ihrer Stimmenanteile laut NRW-Kommunalgesetz ein Ausschuss-Vorsitz zugestanden hätte, aber im Stadtparlament für die AfD zu stimmen, anstatt dagegen zu votieren und die Besetzung der Verwaltung zu überlassen, wird allenthalben als Mauer-spechtereie verstanden. Die AfD hat sich auf jeden Fall publikumswirksam sehr gefreut.

Bei der SPD hat sich der Abwärtstrend fortgesetzt. Sie handelt sich von einem historischen Tiefstand zum nächsten. Die Funktionäre machen sich zwar selbst froh durch die wenigen neu gewonnenen Bürgermeister-Posten. Aber die SPD musste doch mehr an die CDU abgeben. Insbesondere erodiert das ehemalige Herz der SPD – das Ruhrgebiet – rasant mit Stimmenzugewinnen von CDU, AfD und Linke. In den immer mehr schwindenden SPD-Ortsvereinen des Ruhrgebiets herrscht Tristesse vor ob der Verluste und der Sozial- und Rüstungspolitik der eigenen Partei.

Mittlerweile hat Die Linke ihre Mitgliederzahl bundesweit in kurzer Zeit auf ca. 120000 verdoppelt. Sie hat viel Kraft in die lokalen Wahlaktivitäten investiert. Gerade die neu gewonnen jungen Parteimitglieder haben sich da engagiert. Ob allerdings Die Linke in der Lage sein wird, diese motivierten Neulinge bei der Stange zu halten und ihnen Aktionsraum bei kommunalen Auseinandersetzungen (Soziales, Wohnungsprobleme, Betriebsgruppen, Antikriegs- und Antifa-Aktionen) zu bieten, würde schon mehr erfordern als das bisherige „konstruktive Mitdiskutieren“.

G 07.11.2025 ■



2023 gelang es durch die Zusammenarbeit der IG Metall mit der Hanauer Friedensplattform, das Thema Krieg und Frieden zum Bestandteil in der laufenden Tarifrunde zu machen. Es blieb leider ein Einzelfall, stieß auf Ablehnung beim IGM-Vorstand und war in der Gesamtorganisation umstritten.

## ■ GEWERKSCHAFT UND FRIEDENSBEWEGUNG

# Diskussion in der IG Metall Hanau/Fulda

Am 18. September 2025 trat die Delegiertenversammlung der IG Metall Hanau/Fulda zusammen, um über eine zentrale Frage in unserer Zeit zu beraten: Wie halten wir es als Gewerkschaften mit der Friedensbewegung? Können und dürfen wir sie im Interesse unserer Mitglieder und der Lohnabhängigen insgesamt unterstützen in den Aktionen, die sie unternimmt, und den Positionen, die vertreten werden? Oder ist eine Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung abzulehnen, weil sie bzw. einige Strömungen darin in den globalen Konflikten wie Ukraine- und Gaza-Krieg falsche Positionen beziehe?

Zur vorhergegangenen Delegiertenversammlung im März hatte ein Antrag vorgelegen, mit dem die Einstellung der Unterstützung für Aktionen der Friedensbewegung („des Berliner Appells und aller dazugehörigen Veranstaltungen“) gefordert wurde, begründet mit Hinweis auf angebliche Verbindungen zur sogenannten Querdenken-Szene und zu Verschwörungstheorien. Dies konnte man so verstehen, dass der Friedensbewegung insgesamt vorgeworfen wurde, „rechtsoffen“ zu sein. Für die Hanauer Friedensplattform stand mit diesem Antrag auch die Befürchtung einer Aufkündigung der bisher in Hanau praktizierten Zusammenarbeit (s. u. Zur Vorgeschichte) im Raum. Der Antrag wurde aber nach intensiver Diskussion zurückgezogen.

So wurde noch in der März-Versammlung beschlossen, im September eine weitere Delegiertenversammlung abzuhalten und erneut das Thema Gewerkschaften und Friedensbewegung auf die Tagesordnung zu setzen. Frieden ist das Grundbedürfnis der lohnabhängig arbeitenden Menschen. Es steht im Gegensatz zu den Interessen des Kapitals, dem es egal ist, was es produziert, sofern es eben Profit bringt. Und es steht im Gegensatz zu den Interessen der Mächtigen, die ihre Ziele notfalls mit Waffengewalt durchsetzen wollen. Aber die im Raum stehenden

Fragen sind eben auch diejenigen, wo man die eigenen Interessen am besten aufgehoben wähnt: im Zusammenschluss mit den Mächtigen, im Glauben an die vermeintlichen Ideale des „demokratischen Westens“, in der Hoffnung auf die Verteidigung des Arbeitsplatzes und sonstiger Rechte, wenn man sich nur an den Parolen der bürgerlichen Presse orientiert. Oder eben darin, den Krieg zu vermeiden, die Gesellschaft friedensfähig zu machen und für diese Ziele das Bündnis der Gewerkschaften mit der Friedensbewegung anzustreben.

Für diesen Teil der Tagesordnung wurde ein spezieller Verlauf festgelegt. Zwei Referent:innen sollten zunächst jeweils einen Standpunkt darlegen. Als eine davon wurde Ulrike Eifler vorgeschlagen, als Regionsgeschäftsführerin des DGB Südosthessen mit Sitz in Hanau von 2009 bis 2019 noch in guter Erinnerung, inzwischen als Gewerkschaftssekretärin der IG Metall Würzburg auch nicht allzu weit entfernt. Auf die Vorträge sollte eine Diskussion folgen, die mit einem Beschluss beendet werden sollte. Der im März zunächst zurückgezogene Antrag wurde in umformulierter Version neu eingebracht.

Am Ende einer „lebhaften Debatte mit vielen sehr guten, aber auch fürchterlichen Redebeiträgen“ (so ein Delegierter) wurde dieser Antrag, der die weitere Unterstützung der Friedensbewegung durch die IG Metall Hanau/Fulda beenden sollte, mit klarer Mehrheit abgelehnt. Dies war nach Meinung etlicher Delegierten nicht von vornherein abzusehen, sondern wurde – mit Recht – am Ende als Erfolg bewertet. Das Ergebnis besagt damit wohl, dass für eine weitere Unterstützung der Friedensbewegung durch die IG Metall Hanau/Fulda der Weg frei ist. Die erste konkrete Maßnahme, die daraus folgte, war bereits die Finanzierung eines Busses für Teilnehmer:innen an der bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober, in diesem Fall nach Stuttgart, durch die IG Metall Hanau/Fulda.

## Zur Vorgeschichte:

Vor drei Jahren hatte die Kundgebung zum damaligen Warnstreik der IG Metall in Hanau am 17. November 2022 bundesweites Aufsehen erregt. Das Besondere war die Verbindung von tarifpolitischen mit sozial- und friedenspolitischen Forderungen in dieser Aktion. Das führte zu empörten Diskussionen, ob solche politische „Überfrachtung“ nach den restriktiven Bestimmungen des deutschen Tarifrechts (wenn man es etwa mit französischen Verhältnissen vergleicht) erlaubt sein kann. Dieses Vorgehen war die Konsequenz eines Bündnisses „Frieden und soziale Gerechtigkeit“ zwischen Hanauer lokalen Organisationen von IG Metall, ver.di und DGB und den örtlichen Friedensinitiativen. Es führte im weiteren Prozess zu der ebenso mit friedenspolitischen Forderungen verknüpften Warnstreikkundgebung von ver.di Main-Kinzig/Osthessen am 23. März 2023 sowie dann zur Gewerkschaftlichen Friedenskonferenz der IG Metall Hanau/Fulda zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juni 2023. Eine Nachfolgekonferenz fand dann im Juni 2024 in Stuttgart statt, von gewerkschaftlicher Seite diesmal von dem örtlichen ver.di-Bezirk organisiert, und im Juli 2025 die dritte in Salzgitter mit der dortigen IG Metall1.

Angesichts der Haltung der Gewerkschaftsvorstände, die die Politik der Bundesregierung zur bedingungslosen Unterstützung der Ukraine und des Kurses von USA und NATO übernahmen, war die Organisation einer Konferenz von unten, in einer mittelgroßen Stadt mit sehr begrenzter bundespolitischer Bedeutung eine der wenigen Gelegenheiten, friedenspolitische Debatten in den Gewerkschaften anzufangen und zu führen. Solidaritätsadressen zu diesem „Hanauer Weg“ gab es daher aus dem ganzen Bundesgebiet. Aber man muss auch sagen: leider nur sehr wenige. Und die mittleren und oberen Gewerkschaftsebenen reagierten teils gar nicht, teils – vor allem in den für Hessen regional zuständigen Vorständen – mit Repression, mindestens mit Rügen für die Hanauer Funktionär:innen, Aktivist:innen und Gremien. Zum Teil gingen Hauptamtliche, die führende Rollen gespielt hatten, auch von sich aus weg, um ihre Karriere auf der mittleren Ebene fortzusetzen.

Festzustellen war auch ein wesentlicher Mangel darin, dass die friedenspolitischen Aktivitäten in den grossen Metallbetrieben in Hanau zwar durchaus auf freundliches Interesse stießen, aber eher als von offizieller Seite gegebene Marschrichtung empfunden wurden denn als ein aus den Bedürfnissen der Kolleg:innen spontan entwickeltes Vorgehen. Zwar gab es Beschlüsse der Delegiertenversammlung der IG Metall Hanau/Fulda, die mit deutlichen Zwei-Drittel-Mehrheiten diesen Kurs unterstützten, etwa noch im März 2024 gegen die Ausrichtung Deutschlands auf „Kriegstüchtigkeit“<sup>2</sup>. Doch der weitere Verlauf nach dem Ausscheiden des damaligen Ersten Be-

vollmächtigen Robert Weißenbrunner kam aus diesen Gründen an seine Grenzen und sein vorläufiges Ende, wie der Warnstreik vom 11. November 2024 in Hanau zeigte, der ohne friedenspolitische Aussage (wie noch im November 2022 und im März 2023) blieb.

## Ein Offener Brief der Hanauer Friedensplattform

Die Hanauer Friedensplattform hatte einen Offenen Brief formuliert. Darin wurde auf den „Hanauer Weg“, d. h. auf das zeitweilig bestehende, inzwischen jedoch seitens der Hanauer Gewerkschaften aufgegeben „Bündnis Frieden und soziale Gerechtigkeit“ Bezug genommen. Weiter hieß es u. a.:

*„Gewerkschaftsbewegung und Friedensbewegung gehören zusammen. ... Unsere Arbeit wendet sich gegen alle derzeit in der Welt geführten Kriege. Denn sie sind immer nur der Ausdruck internationaler Kämpfe um Rohstoffe, Energiequellen, Kriegsgewinne und geostrategische Vorteile der mächtigsten Militär- und Wirtschaftsblöcke. ... Für diese Interessen werden Menschen auf den Schlachtfeldern der Welt millionenfach geopfert, Kriege werden herbeigelogen und in aller Öffentlichkeit vorbereitet. Auch in Deutschland: Im Kriegsfall werden auch wir zur Zielscheibe und zum Schlachtfeld. ... Die Verarmung der arbeitenden Bevölkerung durch Lohnabbau, Rentenkürzungen, Verfall der Schulen, Krankenhäuser und der Infrastruktur ist der Preis für den Aufbau einer Kriegswirtschaft, von der ausschließlich Milliardäre und Finanzkonzerne wie BlackRock profitieren. Die enge Verflechtung der Politik mit den Interessen dieser kleinen, aber mächtigen Minderheit wird besonders in der Person Friedrich Merz allzu deutlich.*

*Laut Haushaltsplan seiner Regierung soll künftig rund ein Drittel aller Bundeseinnahmen in Ausgaben für das Militär fließen, allein der Kernhaushalt für die Bundeswehr soll bis 2029 auf ca. 153 Milliarden Euro erhöht werden (2024 waren es noch 52 Milliarden). Hinzu kommen milliardenschwere Militärausgaben, die unter anderen Haushaltstiteln versteckt werden (wie Infrastruktur, Ukraine-Hilfen, Nachrichtendienste, Zivilschutz etc.). Ein Drittel ist dabei noch vorsichtig gerechnet, denn wenn das Aufrüstungsziel von 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) umgesetzt würde, ergibt sich, gerechnet auf der Basis des BIP von 2024, die gigantische Summe von 215,5 Milliarden Euro. Diese Summe entspricht etwa 45 % des Bundeshaushalts von 2024, fast die Hälfte des Haushalts also für Militärausgaben. Dazu kommen als ‚Sondervermögen‘ getarnte Schulden, die jährlich mit ca. 33 Milliarden Euro ‚bedient‘ werden sollen – das sind 10,2 Prozent des Bundeshaushalts allein für die Abzahlung der Schulden – Tendenz steigend!*

*All diese Milliarden könnten auch sinnvoll eingesetzt werden. Doch durch Aufrüstung und Militarisation landen sie direkt in den Taschen der Rüstungskonzerne, der Banken und der Finanzwirtschaft statt in Schulen, Krankenhäusern oder sonstiger Infrastruktur.“*

Der Offene Brief wurde im Vorraum des Versammlungssaals ausgelegt, dort auch abgenommen und gelesen, spielte aber in der Diskussion offenbar keine Rolle in dem Sinne, dass darauf ausdrücklich Bezug genommen worden wäre.

1 vgl. hierzu unsere Berichterstattung in den Ausgaben der Arbeiterpolitik: zu Hanau 1/2023, 2/2023, 3/2023, zu Stuttgart 4/2024, zu Salzgitter 3/2025, bzw. <https://arbeiterpolitik.de/2025/08/dritte-gewerkschaftskonferenz-in-salzgitter-den-frieden-gewinnen-nicht-den-krieg/> mit den Hinweisen zu weiteren Links

2 vgl. hierzu Arbeiterpolitik 2/3 2024 ab S. 25, Wortlaut des Beschlusses auf S. 28, bzw. <https://arbeiterpolitik.de/2024/04/gewerkschaften-gegen-aufruestung-und-krieg-friedensfaehigkeit-statt-kriegstuechtigkeit/>



## Zum Unterschied Gewerkschaften – Partei – soziale Bewegung

Die folgenden Überlegungen bringen wir, weil sie in der Diskussion der Hanauer Friedensplattform eine Rolle gespielt haben:

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Durchsetzung des Kapitals als gesellschaftlich bestimmender Produktionsform strebt das Kapital danach, die vielen voneinander isolierten Arbeitsvorgänge einer Gesellschaft in einen kombinierten gesellschaftlichen Arbeitsprozess zu verwandeln. Gleichzeitig ist aufgrund dieser Entwicklung der Scheidungsprozess der unmittelbaren Produzenten von (ihren) Produktionsmitteln so weit fortgeschritten, dass sich hauptsächlich bloße Besitzer von Arbeitskraft und Besitzer geronnener Arbeit (Kapital) gegenüberstehen mit dem Interesse, möglichst günstig diese Ware Arbeitskraft zu kaufen bzw. zu verkaufen. Motor der Entwicklung ist die Konkurrenz unter den Produktionsmittelbesitzern, die Waren so wohlfeil als möglich zu produzieren trachten. Auch die Besitzer von bloßer Arbeitskraft stehen zueinander beim Verkauf ihrer besonderen Ware in Konkurrenz. Gewerkschaften einerseits auf der ökonomischen, Arbeiterparteien andererseits auf der politischen Ebene sind die Instrumente, die Konkurrenz unter Lohnabhängigen aufzuheben, mindestens einzuhängen, um den Klassenkampf mit dem Kapital kollektiv aufzunehmen.

So richtig es ist, dass gewerkschaftlicher Kampf sich auf den Schutz der Arbeitskraft bezieht und immer ökonomischer Kampf sein muss, genauso richtig ist es, dass gewerkschaftlicher Kampf stets politischer Kampf ist, da er sich objektiv gegen das Lohnarbeitssystem richtet – ob dies nun den einzelnen Mitgliedern oder Funktionären bewusst ist oder nicht. Je stärker die politischen Momente des gewerkschaftlichen Kampfs erfahren werden, je bewusster der politische Charakter des gewerkschaft-

lichen Kampfes wahrgenommen und eingesetzt wird, umso stärker wird eine Gewerkschaft als gesellschaftliche Kraft auf allgemeinpolitischer Ebene agieren können.

So richtig es ist, dass die Gewerkschaft auch politischen Charakter hat, so falsch ist es, Gewerkschaft und politische Partei in eins zu setzen. Um den bestmöglichen Schutz der Arbeitskraft zu gewährleisten, muss die Einheitlichkeit auch bei politisch unterschiedlichen Standpunkten gewahrt werden. Unter Bedingungen der wirtschaftlichen Prosperität, die Zugeständnisse des Kapitals und der Dienstherrn eher ermöglicht, ist diese relative Einheitlichkeit problemloser zu wahren, als unter Bedingungen stockender Kapitalakkumulation, so dass gerade in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation oder Krise, die die Angriffe auf die Lohnabhängigen eher ermöglicht, alle Kraft auf die Einheitlichkeit und den Zusammenhalt der Gewerkschaft verwandt werden muss.

Demgegenüber stellt eine Partei (kommunistisch oder sozialdemokratisch) eine Gemeinschaft von „weltanschaulich“ Gleichgesinnten dar, die durchaus Minderheit des Proletariats sein kann und – zumal, wenn sie eine kommunistische ist – eine klare Analyse der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Klassencharakters haben und am Ziel der sozialistischen Gesellschaft festhalten kann. Auf dieser Basis formuliert und beschließt sie ein Programm, das sie mehr oder weniger stringent umsetzt, je nachdem, wie die Machtverhältnisse sind und zu welchen Konzessionen an Koalitionspartner sie bereit ist.

Umgekehrt gilt: Ist der Reformismus, der bei stetig steigender Akkumulationstätigkeit des Kapitals materielle Zugeständnisse an jedes Gesellschaftsindividuum und kollektive Errungenschaften des Sozialstaates möglich machte, am Ende, so muss festgehalten werden, dass gegenwärtig an seine Stelle keine für die arbeitenden Klassen glaubhafte Alternative getreten ist, sodass innerhalb der Gewerkschaft weiterhin an der bürgerlichen Ordnung festgehalten wird und verzweifelt nach Auswegen innerhalb des Systems gesucht wird.

Eine politische Bewegung, die etwa aus einer oder mehreren Initiativen besteht, grenzt sich demgegenüber von Parteien in der Weise ab, dass sie sich nicht an deren umfassenden Programm und mehr oder weniger nicht an deren Vorstellung gesellschaftlicher Ordnung binden will, sondern in einem oder wenigen Bereichen ein oder mehrere Ziele verfolgt, die ihr zentral wichtig sind. Die „weltanschaulichen“ Vorstellungen, die Methoden und die Bündnispartner können sehr unterschiedlich sein. In diesem Fall geht es eben um Frieden, für den in Hanau derzeit vor allem die Hanauer Friedensplattform als in der Öffentlichkeit aktivste Kraft eintritt.

## Gewerkschaften als Klassenorganisationen

Gewerkschaften, die ihren Job machen, sind Klassenorganisationen, die sich in Alltagskämpfen für ein gutes Leben der Lohnabhängigen bewähren müssen. Aber wenn sie ihn dauerhaft erfolgreich machen wollen, müssen sie sich dessen bewusst sein und sich eine Klassenpolitik erarbeiten, die sich auf der Höhe des Gegenwarts-kapitalismus befindet. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die sich im Konkreten mit der Transformation



Die  
Broschüre  
findet ihr  
unter:

[archiv.arbeiterpolitik.de/broschueren.htm#c](http://archiv.arbeiterpolitik.de/broschueren.htm#c)

der kapitalistischen Produktionsweise immer wieder verändert.

Das Bemühen darum, die friedenspolitische Diskussion in die Gewerkschaften hineinzutragen und dort zu führen, hat gerade hier in Hanau zu dem besonderen Ereignis einer gewerkschaftlichen Friedenskonferenz geführt, deren Folgewirkung (von den Konferenzen in Stuttgart und Salzgitter abgesehen) leider bisher überschaubar blieb. Dennoch kann es für die Gewerkschaften und die Friedensbewegung keine Alternative zu dem Kurs auf bündnismäßige Zusammenarbeit der Friedensbewegung mit den Gewerkschaften geben, der 2022 beispielhaft in Hanau eingeschlagen wurde. Es bedeutet eben, dass man die Auseinandersetzung weiter suchen und führen muss, wie es die gegebenen Umstände erfordern.

## Hanauer Tradition

Speziell die Tradition des „roten Hanau“, an der hier in der Region festgehalten werden muss, beschrieben wir in Arbeiterpolitik 1/2023 mit Worten, die hier immer noch passen:

*„Zunächst einmal ist Hanau mit rund hunderttausend Einwohner:innen eine eher kleine Stadt, die bundesweit kein besonderes Gewicht in die Waagschale bringen kann. Da hilft auch nicht der Status einer relativ starken Industrialisierung oder die Position am Rande des wirtschaftsstarken Rhein-Main-Gebietes. Der Versuch der Politisierung der gewerkschaftlichen Tarifarbeit, der in Hanau gemacht wurde, hat insofern die Bedeutung, dass jemand den Anfang machen muss. Wie das weiterwirkt, ob das aufgegriffen wird, kann nur die Zukunft ergeben.“*

Hanau mag insofern aus dem Einheitsbrei der Tarifrunde (von 2022, Anm. Red.) herausstechen. Aber es ist ein Sonderfall. Der örtliche Hintergrund ist zu sehen in einer langen Tradition, deren Grundlegung historisch in einer frühen Industrialisierung (um 1600) zu sehen ist und sich umsetzte in den Revolutionen von 1848 und 1918. Diese Historie lässt sich zusammenfassen in dem Stichwort ‚Das rote Hanau‘ (so der Titel eines Dokumentarbandes, bearbeitet von Judith Pákh und herausgegeben von der IG Metall Hanau/Fulda, Hanau 2007). Für Details dazu ist hier kein Platz, und man darf die Fortwirkung unter den Verhältnissen, die wir in Deutschland seit der Zerschlagung der alten Arbeiterbewegung und der Befreiung vom Faschismus von außen haben, nicht überschätzen. Diese historischen Einschnitte führten in der vorherrschenden sozialpartnerschaftlichen Strömung der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg zu dem Schluss, dass niemals mehr klassenkämpferische Politik gegen die Interessen des Kapitals, schon gar nicht bis zum Sturz der Kapitals Herrschaft gemacht werden dürfe. Aber hier und da vor Ort gilt eben auch: ‚Etwas hat überlebt!‘ Und daran gilt es anzuknüpfen mit den Inhalten und Methoden, die unter gegebenen Verhältnissen und in den Vorstellungen der Kolleg:innen möglich und vermittelbar sind.“

So ist am Ende dieses Berichts noch einmal festzustellen, dass der Ausgang der Delegiertenversammlung vom 18. September bzgl. des Beschlusses zur Frage des Bündnisses von Gewerkschaften und Friedensbewegung

einen Erfolg darstellt, der in einer „lebhaften Debatte“ erreicht worden ist. Es geht um die Frage, die auch schon früher, etwa in dem bereits erwähnten Beschluss vom 21. März 2024 zu Diskussionen geführt hat: „Kriegsertüchtigung“ oder Friedensfähigkeit. Der aktuelle Beschluss ist wichtig, aber bildet wohl nur eine Etappe. Gewerkschaften und Friedensbewegung müssen für weitere Auseinandersetzung bereit sein.

F/HU, 20.9.2025 ■

## Weitere aktuelle Beispiele:

*„Wir stehen hier zusammen als Betriebsräte und ver.di-aktive Betriebsräte um eine Friedensbotschaft zu senden, denn genau das liegt in unserer Geschichte als Betriebsräte in diesem Land. (...) Heute finden wir uns wieder in einer Situation, in der das Aufrüsten wie vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg die Oberhand gewinnt und zunehmend an die Stelle des Friedens tritt. Wir beobachten, dass dies weitgehend unwidersprochen geschieht. (...) Wir Betriebsräte vereinen Menschen unterschiedlichster Kulturen, Herkunft, Religionen, Weltanschauungen, sexueller Orientierungen, unterschiedlichster Geschlechter, weil wir die einzige Institution in jedem einzelnen Betrieb sind, die demokratisch gewählt wurde. Was im Kleinen gelingt, muss im Großen möglich sein. Deshalb schauen wir hin und erwarten, dass niemand mehr wegschaut. Mensch sein heißt Frieden schaffen! Überall!“*

Resolution der bundesweiten Betriebsräteversammlung von H&M am 26.6.2025

## Aus einer Rede (Vertrauensmann bei VW Baunatal) am Antikriegstag 1. September in Kassel:

*„Die aktuellen Entwicklungen sind beunruhigend. Die Automobilindustrie steckt bekanntlich in einer tiefen Krise. Ob bei ZF, Mahle, Bosch, Continental, Daimler Truck und VW Osnabrück wird als Lösung zum Erhalt von Arbeitsplätzen folgendes diskutiert: 1. Rüstungsproduktion, 2. Rüstungsproduktion und 3. Rüstungsproduktion. Vor dem Hintergrund der Volkswagengeschichte, welche eine Blutspur von Zwangsarbeit und Kriegsproduktion hinter sich herzieht, hat der Konzernbetriebsrat erklärt, dass Rüstungsproduktion keine Option ist. Das ist gut. Was das allerdings bedeutet, wenn VW Osnabrück verkauft wird, bleibt offen. VW und Rheinmetall arbeiten bereits in einem Joint Venture „Rheinmetall Military Vehicle“ zusammen. Auch das darf nicht unerwähnt bleiben. Für diese ganze Aufrüstung sollen wir bezahlen.“*

**Jeder Euro, der in die Aufrüstung gesteckt wird, fehlt letztendlich bei der Rente, im Gesundheitssystem, in der Bildung und für Öffentliche Verkehrsmittel. Der Frontalangriff auf die sozialen Sicherungssysteme – wie die Erhöhung des Renteneintrittsalter und die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten – muss im direkten Zusammenhang mit Aufrüstung gesehen werden.“**





■ KORRESPONDENZ BERLIN

## Größte Demonstration gegen den Genozid in Gaza

Am 27.09. kamen in Berlin etwa Hunderttausend Menschen zusammen, um gegen die Bombardierung von Gaza und gegen die Lieferblockade von Lebensmitteln, Wasser, Strom und Medikamenten durch Israel zu protestieren. Es war seit Beginn des Konfliktes im Oktober 2023 die mit Abstand größte Demonstration in der Bundesrepublik. Aufgerufen zu der abschließenden Kundgebung hatte eine breites Bündnis fortschrittlicher Organisationen, die von „Amnesty International“ über „medico international“, der „Palästinensischen Gemeinde Deutschland“ bis zur Partei „Die Linke“ reichte.

Die Zahl der Teilnehmer hatte nicht nur die Veranstalter, sondern auch die politischen Beobachter überrascht. In den letzten beiden Jahren war es trotz intensiver Anstrengungen der Aktivist:innen in der Bundesrepublik nicht gelungen, eine derart große Demonstration auf die Beine zu stellen. Die von den Medien und der bürgerlichen Politik propagierte Behauptung, Israel befände sich in einer vergleichbaren Lage wie die Juden in Europa vor dem Holocaust und müsse deshalb bedingungslos unterstützt werden, hatte viele Bürger davon abgehalten, sich an Protesten zu beteiligen.

### Repression gegen die Palästina-Solidarität

Die Propaganda erfasste auch große Teile der Partei „Die Linke“. Der Vorstand und nahezu alle Gliederungen der Organisation hielten sich mit Solidaritätserklärungen gegenüber den Palästinensern zurück. In ihren Stellungnahmen zum Vorgehen Israels in Gaza versuchten sie den Begriff „Genozid“ zu meiden. Lediglich individuelle Engagements wurden geduldet.

Hemmend für eine breite Mobilisierung hierzulande wirkte die Drohung von Politikern der Regierungsparteien, dass diejenigen, die an solchen Demonstrationen teilnehmen würden, ihr Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik verlieren könnten. Sogar die Rücknahme der Staatsbürgerschaft wurde angedroht für die, die in den letzten Jahren eingebürgert worden waren. Allein in Berlin leben etwa 40.000 Einwohner mit palästinensischen Wurzeln.

So wurden die Demonstrationen, an denen in den ersten Monaten des Bombardements von Gaza in Berlin noch zehntausend Leute teilnahmen, immer kleiner.

Die Polizei, abgestimmt mit den städtischen Sicherheitsbehörden und den politisch Verantwortlichen im Bund, verengte den Spielraum für die Aktiven von Anfang an. Durch eine Vielzahl von Auflagen schränkte sie einen wirkungsvollen Protest ein. Bei nahezu jeder Demonstration konstruierte sie einen Anlass, um eingreifen zu können und verhaftete einzelne Teilnehmer. Oft wurde gleich die gesamte Demonstration aufgelöst. Die Polizei trat immer in Kampfanzügen an. Die Protestierenden wurden als potentiell gewalttätige Truppe mit zweifelhaften Absichten stigmatisiert.

### Die Stimmung kippt

Im Frühjahr 2025 begann sich das Blatt langsam zu wenden. Die israelische Regierung hatte nach einem begrenzten Austausch von Geiseln die im Januar begonnene Waffenruhe im März eigenmächtig ausgesetzt und die verabredeten Verhandlungen für eine zweite Phase eines Friedensplans nicht aufgenommen. Sie nahm das Bombardement Gazas wieder auf und intensivierte es. Außerdem verkündete sie, die Lieferung von Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten vollständig einzustellen.

In den folgenden Wochen fanden die Bilder von hungrigen Kindern in Gaza Eingang in die bürgerlichen Medien, zunächst international, verzögert auch in Deutschland. Die mangelnde Versorgung der Bewohner Gazas, die fast vollständige Zerstörung der Häuser wie die Zerstörung aller Krankenhäuser ließen viele aufschrecken, ebenso wie das immer gewalttätigere Vorgehen der Siedler im Westjordanland. Viele realisierten jetzt, dass das Vorgehen des Staates Israel der Agenda einer rechtsradikalen Regierung folgte, die zu keinem Kompromiss mit den Palästinensern bereit war, auf Landnahme, ethnische Säuberung und letztlich auf die komplette Vertreibung aller Palästinenser aus den von ihnen seit Jahrhunderten bewohnten Gebieten zielte.

Auch in der Partei „Die Linke“ blieb dies nicht ohne Folgen. Der Druck auf den zaudernden und abwägelnden Vorstand wurde immer stärker. Dessen Versuch, sich in kritischen außenpolitischen Fragen wie denen der Ukraine und des Krieges gegen die Palästinenser zurückzuhalten, gelang schon im Mai auf dem Chemnitzer Parteitag nicht mehr. Eine knappe Mehrheit der Delegierten

hatte entgegen dem eindringlichen Votum der Parteiführung der Jerusalemer Erklärung zur Definition des Antisemitismus als maßgebend für die Haltung der Partei zugestimmt. Diese spricht sich klar dagegen aus, die Kritik am Staat Israel als jüdenfeindlich zu betrachten.

Die folgende öffentliche Aufregung über den Beschluss versuchte Parteichef van Aken sofort mit einer Stellungnahme zu entkräften, in der er erklärte, dass „das Existenzrecht Israels ... auch weiterhin unangefochten Teil unserer DNA (bleibt)“.

Doch half ihm das nicht, die Organisation wieder auf einen „neutralen“ Kurs festzulegen. Wenig später beschloss der Vorstand, zu einer Demonstration gegen das Bombardement und die vollständige Blockade Gazas Ende Juli aufzurufen. Kurzfristig wurde sie nicht zuletzt aufgrund von innerparteilichen Kontroversen über den Aufruf auf Ende September verschoben. Man kann die Absage sicherlich kritisieren, doch führte sie letztlich dazu, dass sich das Bündnis, das zu ihr aufrief, deutlich verbreiterte und die aktiven Kräfte mehr Zeit für eine breite Mobilisierung fanden.

## Generationswechsel innerhalb der Linken

Innerhalb der Linken waren die erst im letzten Jahr eingetretenen überwiegend jüngeren Mitglieder, die zum Teil aus migrantischen Milieus stammen, die tragende Kräfte der Mobilisierung.

Sie waren in die Partei aus zwei Gründen eingetreten. Einmal war „Die Linke“ die einzige Partei, die sich aktiv für eine Änderung der gerade für jüngere Menschen katastrophalen Wohnungssituation einsetzte. Zum anderen hatten viele jüngere Menschen sich im letzten Bundestagswahlkampf von den Grünen abgewandt, weil die Parteiführung nicht bereit war, sich demonstrativ gegen die CDU zu stellen, als die in der Flüchtlingsfrage am Ende der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit der AfD eine Resolution verabschiedete und gar ein „Zustrombegrenzungsgesetz“ durchsetzen wollte. Ihr Spitzenkandidat Habeck wollte sich nicht durch eine konfrontative Haltung in der Flüchtlingsfrage um die Chance bringen, nach der Bundestagswahl eine Koalition mit der CDU schließen zu können. Seine charakterlose Haltung stieß die jungen Menschen ab. In ihren Augen hatte lediglich „Die Linke“ eine klare Position zur AfD und trat dafür in der Öffentlichkeit auch glaubwürdig ein. Eine klare Haltung gegen rechts national wie international und ein hohes Maß an Empathie für diejenigen, die in einer noch prekären Situation sind als sie selbst, kein Dach mehr über dem Kopf haben, hungern, kein sauberes Trinkwasser bekommen oder bei der Ausgabe von Lebensmitteln erschossen werden wie die Hasen bei einer Treibjagd, waren sicher die wichtigsten Motive für die jüngeren Menschen, zur Demonstration und Kundgebung nach Berlin zu kommen.

## Verlauf von Demonstration und Kundgebung

Nachdem sich der Parteivorstand endlich zu einer Unterstützung der Demonstration am 27.09. durchgerungen hatte, wurde intern massiv mobilisiert. Wie lange nicht mehr sammelten sich viele unter den Parteifahnen der

Linken. Sie zeigten ihre uneingeschränkte Solidarität mit den Palästinensern, traten für gleiche zivile, politische und soziale Rechte aller in der Region lebenden Menschen ein.

Zufrieden waren die jüngeren Teilnehmer auch mit dem Charakter der Veranstaltung. Auftakt- und Abschlusskundgebung waren geprägt durch eine Reihe von musikalischen Beiträgen von Künstlern unterschiedlicher Stilrichtungen: Rap, Punk und arabische Musik. Einige Redner:innen schilderten aus persönlichem Erleben oder dem von Familienmitgliedern die Lebenssituation der Palästinenser in der Region. Die politischen Beiträge waren kurz und knapp.

Die überraschend große Zahl der Teilnehmer zu denen man die 20.000 zählen muss, die zwei Wochen vorher einem Aufruf des BSW zu einer Kundgebung zum gleichen Thema gefolgt waren, rief die bürgerliche Presse auf den Plan. Sie war erschreckt, dass ihr die Interpretationshoheit über den Konflikt zu entgleiten drohte und Israel „isoliert“ werden könnte. Stephan-Andreas Casdorff vom Tagesspiegel rechtfertigte in einem Leitartikel das Vorgehen der israelischen Regierung in allen Punkten und appellierte an die Bürger, „auch für Israel sollten sich Zehntausende finden“ (TSP 29.9.25).

Nach wie vor lässt der Parteivorstand der Linken eine klare Position in der Gaza-Frage vermissen. Innerparteilich reicht die Spannweite der Positionen von der Palästina solidarischen Neuköllner Bezirksgruppe bis zu expliziten Befürwortern der israelischen Politik wie Caren Lay, die zu den Gegenkundgebungen am 27.09. aufrief, oder dem Antisemitismusbeauftragten von Brandenburg Andreas Büttner, der die Forderung nach einem Staat Palästina kategorisch ablehnt. Doch werden die Spitze der Partei und ihre Beschlussgremien nicht hinter die auf der Demonstration und der Kundgebung geäußerten Positionen zurückfallen können, wenn sie die im letzten Jahr gewonnenen jungen Leute weiter an sich binden will.

H.B., 23.10.2025 ■



Die Broschüre findet ihr unter:

<https://arbeiterpolitik.de/2025/07/zionistische-besiedelung-und-vertreibung-in-palaestina-seit-ueber-100-jahren/>

# Offener Brief an die Linke wegen des Parteiausschlusses von Ramsy Kilani

Im Folgenden veröffentlichen wir wegen des Ausschlusses des Palästinensers Ramsy Kilani aus der Partei „Die Linke“ einen offenen Brief, in dem die Rücknahme des von der Bundesschiedskommission ausgesprochenen Ausschlusses gefordert und auch den Rücktritt aller, die diesen Ausschluss befürwortet wird.

Wir wollen mit diesem offenen Brief die Kräfte in der Linken unterstützen, die nicht bereit sind, sich aus Gründen der „Koalitions- und Regierungsfähigkeit“ der sogenannten Staatsräson zu unterwerfen und Grundprinzipien linker Politik aufzugeben.

Dieser skandalöse Vorgang ist nicht nur eine interne Angelegenheit der Partei Die Linke, sondern betrifft alle, die wollen, dass sich angesichts der umfassenden Militarisierung unserer Gesellschaft und des damit verbundenen Sozialabbaus eine oppositionelle Linke herausbildet, die ihren Namen verdient und eine Verankerung in sozialen, gewerkschaftlichen und antiimperialistischen Bewegungen hat.

20. Dezember 2025 ■

## Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, Regionalgruppe Kassel

j.michallek@t-online.de  
mail@cafebuchoase.de

**Offener Brief an den Parteivorstand der Partei Die Linke**  
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de  
buero.parteivorsitz@die-linke.de

### Ausschluss von Ramsy Kilani aus der Partei Die Linke

Zu Händen der CO-Parteivorsitzenden Ines Schwerdtner und Jan van Aken, der stellvertretenden Vorsitzenden: Ates Gürpınar, Luise Neuhaus-Wartenberg, Sabine Ritter und Maximilian Schirmer, der Vorstandsmitglieder: Janis Ehling und Sebastian Koch.

Die unterzeichnenden Personen sind empört über den Ausschluss von Ramsy Kilani aus der Partei „Die Linke“. Sie fordern euch hiermit auf, den Ausschluss zurückzunehmen. Weiterhin fordern wir den Rücktritt aller Mitglieder der Bundesschiedskommission und des Bundesvorstands, die diesen Ausschluss befürwortet haben.

**Begründung:** Der Ausschluss beruht auf Unterstellungen und offensichtlichen Lügen. Offenbar soll mit diesem Ausschluss nicht nur Ramsy Kilani, sondern alle Mitglieder der Linken getroffen werden, die die Kriegsverbrechen, die genozidale Vorgehensweise und die ethnischen Vertreibungen der rechtsextremen Regierung Israels offen benennen.

Teilen der Linken ist die Anpassung an die deutsche Staatsräson als Voraussetzung für Koalitions- und Regierungsfähigkeit wichtiger, als sich an die Seite derjenigen

zu stellen, die wegen ihres Engagements für ein freies Palästina erheblichen Repressionen ausgesetzt sind. Diese Mitglieder der Linken streben offenbar nach den „Fleischtopfen“, die die bürgerliche Gesellschaft für diejenigen Parteienvertreter\*innen bereithält, die sich willig den herrschenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen unterwerfen. Damit aber stehen sie im Gegensatz zu den vielen jungen, neu eingetretenen Mitgliedern, die sich von der Linken eine konsequent oppositionelle, antiimperialistische Kraft erhofft hatten. Innenpolitik und Außenpolitik stehen dabei nicht im Gegensatz zueinander. Wer sich außenpolitisch den Interessen der Bundesregierung anpasst, wird sich auch innenpolitisch opportunistisch verhalten und sich an den wachsenden Repressionen gegen antimilitaristische und palästinasolidarische Kräfte beteiligen. Das zeigt dieser Ausschluss.

Ramsy Kilani unterstützt antikoloniale Befreiungsbewegungen im Sinne des Völkerrechts, er tritt ein für ein gemeinsames Existenzrecht sowohl der jüdischen als auch der palästinensischen Bevölkerung auf sozialistischer Grundlage und auf der Basis von gleichen Rechten. Mit der Behauptung, eine solche Haltung sei antisemitisch, stellt sich der Bundesschiedsausschuss gegen den Beschluss des letzten Parteitags, die Jerusalemklärung zur Grundlage des Kampfes gegen Antisemitismus zu machen. Hier wird unmissverständlich definiert, was kein Antisemitismus ist.

### Dazu gehören:

- Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind
- Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form des Nationalismus
- Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland im Westjordanland und im Gazastreifen. (Auszüge aus „Jerusalemklärung zum Antisemitismus“, 26.03.21)

Im Sinne dieser Erklärung sind die Aussagen von Kilani in keiner Weise antisemitisch. Sie orientieren sich vielmehr am Völkerrecht, an den Menschenrechten und an sozialistischen Überzeugungen, die auch von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vertreten wurden.

Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass sich aus der Linken eine oppositionelle Kraft herausbildet, die gemeinsam mit anderen sozialen, gewerkschaftlichen Bewegungen und antimilitaristischen Kräften eine wirkliche gesellschaftsverändernde Kraft darstellt. Dies ist aber nur möglich, wenn sich die Partei Die Linke von diesen reaktionären Tendenzen – wie sie sich unter anderem im Ausschluss von Kilani ausdrücken – trennt.





Infostand zum Genozid in Gaza in der Athener Innenstadt



Auf der Generalstreikdemo in Athen am 1. Oktober 2025: 13 Stunden sind schon zuviel. Nein zum 13-Stunden-Arbeitstag. Wir leben nicht um zu arbeiten

■ KORRESPONDENZ: SOLIDARITÄTSREISE NACH GRIECHENLAND

## Konservative haben abgewirtschaftet – es fehlt eine linke Alternative

**Wir hatten zwei Treffen mit Kollegen aus den Gewerkschaften:**

**Erstens** mit Apostolis Kapsalis, er ist Professor an der Panteion-Universität in Athen und arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim griechischen Gewerkschaftsbund für die Privatwirtschaft (GSEE).

Er erläuterte den anhaltenden Bevölkerungsrückgang: Einerseits Folge der Abwanderung jüngerer, gut ausgebildeter Menschen in Folge der seit 2007/08 anhaltenden und nicht überwundenen Finanzkrise und des Geburtenrückgangs. Andererseits der Entvölkerung des ländlichen Raums durch den Klimawandel. Er raubt den Bauern die Existenzgrundlage, verschärft durch die Ansiedelung von riesigen Flächen für Wind- und Solarenergie, mit denen kapitalkräftige Investoren Subventionen abgreifen.

Er bezeichnete die Regierung als „kriminelle Bande“ ohne Legitimation in der Bevölkerung und erläuterte die Gründe für die Schwäche der Gewerkschaften. *„Während also die Regierenden in den Augen der Bevölkerung jede Legitimation verloren haben, greifen die Gewerkschaften erschreckender Weise diese Kritik nicht auf. Der Generalstreik, der für den kommenden Tag geplant ist, ignoriere diesen Mangel an Legitimation und beschränke sich auf Forderungen gegen ein neues Gesetz, das eine tägliche Arbeitszeit von 13 Stunden bei einem Arbeitgeber legalisiert. Dabei ist jetzt schon eine tägliche Arbeitszeit bei vielen normal, allerdings bei zwei verschiedenen Arbeitgebern. Besser wäre es gewesen, den Sturz der Regierung auf die Tagesordnung und ins Zentrum des Generalstreiks zu stellen.“*

In Folge der seinerzeitigen Troika-Auflagen gibt es keine Tarifverträge und oft keine Vertretungsorgane der Gewerkschaften mehr. Dadurch entsteht ein Teufelskreis: Die Gewerkschaft ist weniger attraktiv, verliert Mitglieder und wird dadurch schwächer, was wiederum ihre Attraktivität weiter vermindert. Die allgemeine

Streitbereitschaft hat stark abgenommen, zumal es keine Streikgelder gibt.“

**Ein zweites Treffen** hatten wir mit drei Kollegen von den griechischen Bahngewerkschaften: Giorgos, Panagiotis und Vasilis konkretisierten am Beispiel der Eisenbahn, was wir schon von Apostolis als allgemeine Zustandsbeschreibung erfahren hatten. Auch die Eisenbahner berichteten von abnehmender Streikbeteiligung seit den Kämpfen gegen die Memoranden zwischen 2011 und 2015. Bestenfalls folgen noch 15 Prozent der Belegschaften den Aufrufen. Gründe sind Entrechtung, Angst, Verunsicherung und die große Enttäuschung über die Gewerkschaftsführungen und die Syriza-Regierungen in den Jahren 2015 bis 2029. Kennzeichnend ihre Aussage: *„In Griechenland ist Gewerkschafter zu sein zurzeit die schwierigste Angelegenheit.“*

Bei der griechischen Staatsbahn arbeiten nur noch 700 Festangestellte. Weitere 600 werden als Freiberufler beschäftigt. Als Giorgos vor 42 Jahren bei der Bahn angefangen hat, waren es noch 15.000 Festangestellte. Mit der Aufteilung der Bahn wurde bereits um die Jahrtausendwende begonnen und später ein Teil privatisiert.

Infrastruktur und Instandhaltung wurden 2017 und 2019 an unterschiedliche private Unternehmen abgegeben. Viele Strecken wurden stillgelegt, auch die Bahnverbindungen ins Ausland. Griechenland ist seit vielen Jahren nicht mehr mit der Bahn erreichbar. „Wir haben keine Bahn mehr“, so die bittere Zusammenfassung der Kollegen. Bis auf eine Verbindung nach Patras wurden sämtliche Nebenstrecken gestrichen, der Zugverkehr auf der Hauptstrecke zwischen Athen und Thessaloniki um 50 Prozent reduziert. Die staatlichen Subventionen für die private Bahngesellschaft in Höhe von 50 Millionen Euro pro Jahr fließen trotz der verminderten Leistung in gleicher Höhe weiter.

Den Nutzen von der Reduzierung der Bahnverbindungen haben die Besitzer der Autobahnen, für deren

Benutzung eine hohe Maut bezahlt werden muss. Außerdem profitieren die Luftfahrtgesellschaften, die Busunternehmen und die Raffinerie-Besitzer. Viele dieser Unternehmen seien mit der regierenden konservativen Nea Demokratia eng verbunden.

Ein Teil des Bahnverkehrs wird von der privaten Hellenic Train, einer privatrechtlichen Tochtergesellschaft der staatlichen italienischen Ferrovie dello Stato Italiane betrieben, der andere ist weiter in staatlicher griechischer Hand. Faktisch agieren die beiden Gesellschaften wie ein Kartell, von Wettbewerb könne keine Rede sein.

Am späten Abend des 28. Februar 2023 prallten auf der Strecke zwischen Athen und Thessaloniki ein Frachtzug und ein Personenzug in der Nähe der Ortschaft Tempi in Thessalien frontal aufeinander. Beide Züge waren auf dem gleichen Gleis unterwegs. Moderne Sicherheitssysteme, die dies automatisch hätten erkennen und die Züge anhalten können, waren zwar längst angeschafft, aber noch immer nicht installiert. 57 Menschen starben und weitere 25 erlitten schwere Verletzungen.

Vassilis von der Gewerkschaft der Mechaniker spricht bei diesem Unfall nicht von einem Unglück, sondern von einem Verbrechen. Die Katastrophe sei vorhersehbar gewesen, und seine Gewerkschaft habe jahrelang auf allen erdenklichen Wegen gewarnt. Sicherheitssysteme und ausreichende Arbeitskräfte würden fehlen. Doch die Regierung hätte diese Warnungen in den Wind geschlagen.

### Das „Zugverbrechen“ von Tempi

Den sowohl emotional bewegendsten als auch spannendsten Vortrag hielt Ilias Papangelis. Sein Bericht liest sich wie ein Polit-Thriller. Er ist der Vater einer beim Zugverbrechen getöteten jungen Frau, Anastasia. Er be-

richtete zuerst von jenem verhängnisvollen 28. Februar 2023, an dem seine Tochter durch Korruption und Gier getötet wurde, wie er sagte.

Unmittelbar nach dem Zusammenstoß des Personenzuges mit dem Güterzug wurde die Unfallstelle abgesperrt und entscheidende Beweise wurden vernichtet. Es sollte vertuscht werden, welche gefährlichen und explosiven Stoffe der Transportzug geladen hatte, offensichtlich mit Wissen und im Auftrag hoher Regierungsmglieder. Es war der Verein der Angehörigen der Opfer, der durch ständige Nachfragen und durch eigene Recherchen zunehmend Licht ins Dunkel brachte. Die offiziellen Verlautbarungen und Erklärungen wurden in den Augen der Bevölkerung immer fragwürdiger, dienten eher der Vertuschung als der Aufklärung.

Zum zweiten Jahrestag des Zugverbrechens, am 28. Februar 2025, gab es die größten Demonstrationen der griechischen Geschichte. Bis zu einer Million Menschen nahmen daran allein in Athen teil. Aufgerufen hatte der Verein der Angehörigen. Zwar beteiligten sich zahlreiche linke Organisation und Parteien als auch Gewerkschaften. Aber ohne den Verein der Angehörigen als Initiator und Motor wäre diese Massenmobilisierung nicht möglich gewesen. Eine Folge der Enttäuschung großer Bevölkerungsteile über die Gewerkschaften und über die linken Parteien vor allem seit der Kapitulation von Ministerpräsident Tsipras und seinem engsten Umfeld aus dem SYRIZA-Parteivorstand. So wurden die bislang größten Demonstrationen zu einer Manifestation für das Abwirtschaften der Nea Demokratia, die 2019 wieder in die Regierung gewählt wurde. „Wer solch eine Regierung hat, braucht keine Feinde mehr“, kommentierte Manfred aus der Reisegruppe. Aber eine greifbare linke Alternative, die das verlorengegangene Vertrauen wiedergewinnen könnte, fehlt noch.



Demonstration gegen die Verantwortlichen des Zugverbrechens auf dem Syntagma in Athen. Parole auf dem Transparent: Es war kein menschlicher Fehler. Basisgewerkschaften der Arbeitnehmer bei Hellenic Train.





## Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes

Neben den Treffen mit Kolleg/Innen aus den Gewerkschaften gab es zahlreiche Infogespräche mit antimilitaristischen Organisationen, wie der Initiative „Anti-Nato-Aktion, Athen“, zu der wir schon seit Beginn des Krieges um die Ukraine Kontakt haben. Weitere Treffen gab es mit Fotis Terzakis, dem Übersetzer von Ilan Pappé, „March to Gaza“, „BDS Greece“ und „Sumud Gaza Flotilla“. Inhaltlich standen der Völkermord in Gaza im Vordergrund der Informationen und Diskussionen. Die völkerrechtswidrigen Angriffskriege Israels bestimmten auch unsere aktuelle Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen, so bei der Spontan-Demo gegen den Angriff der israelischen Marine auf die „Gaza-Flotilla“ in internationalen Gewässern und dem Marsch zur israelischen Botschaft am darauffolgenden Tag.

Die Solidarität mit Palästina ist in der griechischen Bevölkerung traditionell sehr groß. Es fehlen aus diesem Grund auch die restriktiven Auflagen und Verbote, wie sie in der BRD üblich sind. Die herrschende Klasse in Deutschland versucht ihre Verbrechen während des Faschismus zu instrumentalisieren, um eine bedingungslose Solidarität mit dem israelischen Apartheid-Regime zu erzwingen. Eine solche Vergangenheit gibt es in Griechenland nicht und keine dem entsprechenden Verbote. Ilan Pappé, der mutige israelische Historiker, der sich stets als entschiedener Verfechter der palästinensischen Sache gezeigt hat, erklärte kürzlich in einer Rede in Athen: „Meinen deutschen Freunden würde ich sagen: Ihr habt euch einmal auf der falschen Seite der Geschichte wiedergefunden; passt auf, dass ihr euch nicht ein zweites Mal dort wiederfindet.“<sup>1</sup>

Bei der politischen und militärischen Unterstützung Israels von Seiten der Regierungen gibt es allerdings keinen Unterschied zur BRD. Die israelischen Streitkräfte können sich auf eine enge militärische Zusammenarbeit stützen, deren Luftwaffe beispielsweise die griechischen Stützpunkte zu Übungszwecken beim Angriff auf den Iran nutzen konnten. Auch Waffen- und Treibstofflieferungen aus Griechenland ermöglichen weiterhin die Kriegsführung Israels.

Umgekehrt sieht es unter den Beschäftigten aus. In vielen, vor allem Basisgewerkschaften gehört die Zusam-

menarbeit mit „BDS Greece“ zur täglichen Routine. „Im Juli gab es eine wichtige Aktion im Hafen, als ein Schiff mit militärischer Ladung für Israel von Hafenarbeitern der ENEDEP-Gewerkschaft (PAME) nicht beladen wurde. Die Info kam von BDS. Es war das erste Mal, dass BDS und PAME zusammenarbeiteten. Drei- bis viertausend Menschen waren zur Unterstützung gekommen.“

Zumindest vom politischen Klima erwies sich der Besuch in Griechenland als erholsam. Es fehlten auf den Demonstrationen die aus Deutschland bekannten Polizeiketten, die jeden Menschen herausgreifen und verhaften, der verbotene Parolen skandiert oder zeigt. Eine entsprechende Gesetzgebung und Repression gibt es in Griechenland noch nicht.

## Migrationspolitik, Kampf gegen Metrostation und Großprojekte gegen lokale Interessen

Den Abschluss unserer Solidaritätsreise bildeten Informationsveranstaltungen zur Situation der Flüchtlinge, zum Kampf gegen die Gentrifizierung im Athener Stadtteil Exarchia sowie zum Agieren internationaler Investoren für Wind- und Solarenergie gegen die Interessen der lokalen Bevölkerung.

Ich empfand unseren Besuch als einen der interessantesten und lehrreichsten, an denen ich in all den Jahren teilgenommen habe. Dazu beigetragen haben die Genossinnen und Genossen, die erstmals mitgekommen waren: zwei junge Mitglieder aus der Initiative „Rheinmetall entwaffnen“, ein palästinensischer Aktivist aus Berlin und zwei Angehörige des gewerkschaftlichen und friedenspolitischen Ratschlags aus Kassel.

A.B.: 12. Dezember 2025 ■



13. Solidaritätsreise nach Griechenland: Oktober 2025  
Gegen Spardiktate und Nationalismus



Das Reisetagebuch der gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppe „Gegen Spardiktate und Nationalismus“ findet ihr unter:

<https://arbeiterpolitik.de/2025/11/gegen-spardiktate-und-nationalismus-3/>

<sup>1</sup> <https://arbeiterpolitik.de/2025/11/geschichte-und-aktuelle-situation-der-zionistischen-vertreibung-in-palaestina/>



## Gedenkrede für Rolf Becker

*Am 7. Januar 2026 wurde unser Genosse Rolf Becker be-  
graben, Seine letzte Ruhestätte fand er auf dem Fried-  
hof Olsdorf, auf dem Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-  
Stiftung, in der Nähe der Gräber von Heinz Brandler und  
Pep (Joseph) Bergmann. Diesen symbolträchtigen Ort hat-  
te er noch persönlich in Absprache mit seiner Familie  
und Freundinnen und Freunden ausgewählt. Es ist gep-  
lant über die Trauerfeier mit den Reden von Angehörigen,  
von Kolleginnen und Kollegen sowie politischen Wege-  
geführten und Weggefährten eine Broschüre zu erstellen,  
an der sich auch die Gruppe Arbeiterpolitik beteiligen  
will. Deshalb vorläufig hier nur die Gedenkrede von Ul-  
rike Eifler, die sie drei Tage danach, auf der Rosa-Luxem-  
burg-Konferenz gehalten hat.*

Liebe Freundinnen und liebe Freunde, liebe Genos-  
sinnen und Genossen, diese Rosa-Luxemburg-Konferenz  
ist die erste Konferenz ohne Rolf Becker. Der Schauspie-  
ler, Gewerkschafter und Kriegsgegner Rolf Becker starb  
am 12. Dezember im Alter von 90 Jahren und er fehlt  
schon jetzt unendlich. Im vergangenen Jahr noch stand  
er hier und verlas ein Grußwort von Daniela Klette – und  
nun, zwölf Monate später, ist er schon nicht mehr unter  
uns.

Mit Rolf verliert die politische Linke einen ihrer pro-  
filertesten Streiter für Frieden und Gerechtigkeit, einen,  
dessen Leben bis zum Schluss geprägt war vom Wider-  
spruch zu den Widersprüchen unserer Zeit. Rolf war ein  
wortgewaltiger Redner, der seine Argumente mit dem ge-  
schulten Blick eines Marxisten, mit der Leidenschaft  
eines Gewerkschafters und mit der Sensibilität eines  
Kulturschaffenden vorzutragen wusste. Und deshalb war  
er seit vielen Jahrzehnten ein gern gesehener Gast auf Os-  
termärschen, Gedenkveranstaltungen und Gewerk-  
schaftstreffen.

Kein Weg war ihm zu weit, kein Anlass zu gering. Sei-  
ne Sprache war die Kunst. Unvergessen bleibt sein ries-  
iger Fundus an Brecht-Zitaten.

Eine Frage, die ihn bis zum Schluss umtrieb, war, wie  
wir verhindern können, dass sich die Geschichte wieder-  
holt. Das Ringen um den Blick auf die Geschichte be-  
stimmte darum Rolfs Wirken. Und es bestimmte die  
Nachkriegszeit.

Es war ein umkämpftes Kräfteverhältnis, bei dem ge-  
werkschaftliche Regionalforschung, Straßenumbenen-  
nungen, Zeitzeugengespräche und die Bühnenprogram-  
me von Rolf Becker, Esther Bejarano und anderen ihren  
Anteil daran hatten, dass öffentlich über Massenerschie-  
ßungen, Konzentrationslager, Antisemitismus, Zwangs-  
arbeit, Massenmord und Kriegswirtschaft gesprochen  
werden musste, statt stillschweigend zur Tagesordnung  
überzugehen. All die Jahre und Jahrzehnte rangen in die-  
ser Republik fortschrittliche mit konservativen Kräften  
um die Deutungshoheit über die Geschichte.

Lange wirkten die Kriegserfahrungen und das Engage-  
ment von Rolf, Esther und anderen wie ein Bollwerk ge-  
gen einen allzu leichtfertigen Rückgriff auf unsere ver-  
heerende deutsche Geschichte. Eine Situation, die sich  
mit dem Ausrufen der Zeitenwende jedoch vollständig  
änderte. Am Druck der Militaristen und Kriegstreiber  
barst auch unsere von unten erkämpfte Erinnerungskul-  
tur. Auf einmal wurde Unsagbares wieder sagbar und  
das bislang Sagbare plötzlich unsagbar.

Geschehenes Unrecht nicht einfach hinnehmen zu  
wollen, nicht hinnehmen zu können, das war es, was  
Rolf antrieb, bis zum Schluss auf der Bühne zu stehen  
und auf diese Entwicklungen hinzuweisen – wie zuletzt  
im September bei den Protesten gegen das Manöver Red  
Storm Bravo in Hamburg.

„Ohne meine persönlichen Kriegserfahrungen“, er-  
zählte er mir einmal, „wäre ich vermutlich heute so gut-  
gläubig wie viele unter uns, die den in die Irre führenden  
Erklärungen aus Regierungskreisen und in den Medien  
vertrauen“.

Doch es waren nicht nur die eigenen Kriegserfah-  
rungen, die ihn antrieben, sich mit einer unbeschreib-  
lichen Rastlosigkeit für den Frieden zu engagieren. Es  
war vor allem eine tief sitzende Klassensolidarität. Als  
aktiver Gewerkschafter wusste Rolf, wer auf den  
Schlachtfeldern der Geschichte gekämpft und wer dies  
nicht getan hatte.

Rolf hatte eine klare Vorstellung von der Welt. Die  
wachsende Kriegsgefahr und das Erstarken eines neuen  
Autoritarismus analysierte er klar als einen im Nieder-  
gang befindlichen und deshalb um so bedrohlicher agie-  
renden Kapitalismus. Er erkannte klarer und schneller  
als viele andere von uns, dass die Zeiten sich änderten.  
Dass die Diskussionen über Aufrüstung und Wehrpflicht  
keine unverbindlichen Diskussionen mehr waren und



Bank der Erinnerungen auf der Gedenkfeier an Rolf Becker in der  
evang. Dreieinigkeits-Kirche St. Georg

darum auch nicht folgenlos bleiben würden. Rolf sah die Gefahren, aber er sah auch die Möglichkeiten. Und er bemühte sich, die auf Entscheidungen drängenden Widersprüche unserer Zeit mit zu beeinflussen.

Im vergangenen April verliehen ihm die Junge Welt und Melodie & Rhythmus dafür den Rosa-Luxemburg-Preis – nur wenige Tage nach seinem 90. Geburtstag. Rolf sagte an diesem Abend mit der für ihn typischen Bescheidenheit wie politischen Klarheit: *„Dieser Preis gehört euch allen. Nicht einzelne können Massen bewegen. Umgekehrt: Die Bewegungen in der Gesellschaft bewegen den einzelnen.“*

Rolf hat ebenso wie die Namensgeberin dieses Preises, Rosa Luxemburg, stets mit wachen Augen auf die von Krise, Krieg und Ungerechtigkeit gebeutelte Gesellschaft geschaut. Zu sagen, was ist – bleibt die revolutionärste Tat. Das als wahr Erkannte auszusprechen ohne Rücksicht auf mögliche persönliche Konsequenzen. Das war Rolf. Ein Leben lang.

Die Kraft dafür schöpfte er aus der Erkenntnis, dass das Grundübel von Faschismus und Krieg eine Gesellschaftsordnung ist, die die Profite der Wenigen höher stellt als ein Leben in Würde für die Mehrheit. Und Rolf ist ein Beispiel dafür, dass wir unsere Zuversicht und Stärke gerade in diesen Zeiten aus der Vision einer Gesellschaft ziehen müssen, in der wir alle frei und gleich miteinander leben können.

Rolf war Kommunist, einer, der in der Tradition der KPD-Opposition um Thalheimer und Brandler stand. Und wie jeder Kommunist brauchte er eine Gruppe, eine, die ihm dabei half, die eigenen Argumente zu schärfen, sich zu überprüfen, sich aufzurichten. Die Genossinnen und Genossen der Gruppe „Arbeiterpolitik“ waren nicht ohne Grund seine engsten Weggefährten.

Doch Rolf war nicht nur Kollege und Genosse. Rolf war für viele von uns vor allem ein Freund. Er begegnete jedem mit einer Freundlichkeit und Zugewandtheit, wie sie selten anzutreffen sind.

Rolfs Tod reißt eine Lücke in unsere Reihen – wir werden es bemerken bei den vor uns liegenden Ostermärschen, bei den nächsten Gewerkschaftskonferenzen, den UZ-Friedenstag, bei den Antikriegsprotesten. Wir verlieren einen Freund, der uns mit seiner Kunst, seinem Rat und seiner Kraft zur Seite stand. Einen Freund, der uns neun Jahrzehnte lang ein Beispiel dafür gab, dass es leicht ist, mit durchgedrücktem Rücken Nein zu sagen, wenn sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln.

Was würde Rolf uns raten, würden wir ihn fragen, wie wir mit diesem Verlust umgehen sollen? Zweifelsohne würde er ein Brecht-Zitat aus der Tasche ziehen und ganz sicher eines, das unseren Blick weg von ihm lenken würde. Rolf würde nicht wollen, dass wir über ihn sprechen. Er würde wollen, dass wir über den schändlichen Überfall der USA auf Venezuela sprechen. Er würde wol-

**„Es ist alles still, wie in einer verschneiten Winternacht. Nur ein leiser, monotoner Tropfenfall. Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Kapitalien, welche beständig anschwellen; man hört ordentlich, wie sie wachsen, die Reichtümer der Reichen. Dazwischen das leise Schluchzen der Armut. Manchmal auch klirrt etwas, wie ein Messer, das gewetzt wird“**

### **Dichter unbekannt**

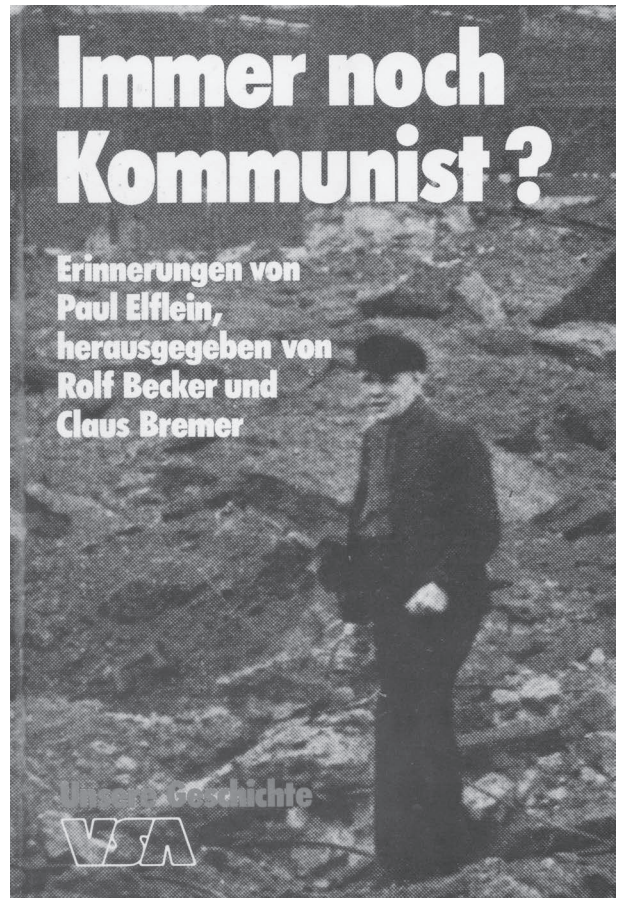
**Heinrich-Heine-Textfolge  
von Rolf Becker und Claus Bremer**

**Verlag Hans Rudolf Stauffacher  
Limmatquai 36  
CH-8001 Zürich  
1972 (Nachdruck 1979)**

**Lizenzausgabe für den Buchhandel:  
Verlag Koppel 14, D-2000 Hamburg 1**

## **Immer noch Kommunist?**

**Erinnerungen von  
Paul Elflein,  
herausgegeben von  
Rolf Becker und  
Claus Bremer**



Die beiden Bücher von Rolf Becker (als Mitherausgeber) sind für je 7 EUR + Versandk. bestellbar: [kontakt@arbeiterpolitik.de](mailto:kontakt@arbeiterpolitik.de)





Die Hamburger DIDF-Jugend Hamburg beim Begräbnis

len, dass wir über eine Politik sprechen, die Regellosigkeit und Angriffskriege normalisiert und die uns zurückführt in eine Welt, in der Gewalt wieder zur Norm wird. Er würde wollen, dass wir über den Bundeskanzler sprechen, der sich vor einer Verurteilung des Völkerrechtsbruchs herumdrückt und diesen dadurch nachträglich legitimiert. Und er würde zur Solidarität mit den Menschen in Venezuela, Kuba, Kolumbien und Mexiko aufrufen.

fen. Vor allem aber würde Rolf darauf verweisen, wie wichtig gerade in diesen Zeiten eine linke Tageszeitung wie die Junge Welt ist. Die uns hilft, die Gegenwart zu verstehen. Die Streikende interviewt, wo andere den Klagen der Arbeitgeber ein Forum geben. Die den Genozid an den Palästinensern benennt, wo andere ihn verschweigen. Die ihre Maigalerie zur Verfügung stellt, wo andere Räume aufkündigen. Und die Jahr für Jahr die stetig wachsende Rosa-Luxemburg-Konferenz organisiert, damit wir einen Raum haben, um uns darüber auszutauschen, wie wir diese Welt gemeinsam verändern können.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, politische Gefährten auf unserem Weg in eine gerechte Welt zu verlieren, ist schmerzlich, das unterstreicht Rolf's Tod einmal mehr. Aber es gehört zu diesem Weg dazu. Unsere Aufgabe bleibt, diesen Weg fortzusetzen. Mit der gleichen Unbeirrbarkeit. Mit der gleichen Rastlosigkeit. Mit dem gleichen Eigensinn.

„Es gibt Menschen“, sagte Bert Brecht „die kämpfen einen Tag und sie sind gut. Es gibt andere, die kämpfen ein Jahr und sind besser. Es gibt Menschen, die kämpfen viele Jahre und sind sehr gut. Aber es gibt Menschen, die kämpfen ein Leben lang. Das sind die Unersetzlichen!“

Auf wen träfe das mehr zu als auf unseren Rolf Becker!

## ■ EINIGE GEDANKEN ZUR NEUEN US-SICHERHEITSSTRATEGIE

# Weltmacht Nr. 1 kämpft gegen ihren Niedergang

Anfang Dezember wurde die neue US-Sicherheitsstrategie bekannt. Das 33-seitige Papier<sup>1</sup>, aus dem die folgenden Zitate stammen, löste vor allem in europäischen Hauptstädten Bestürzung aus.

Trump schreibt im Vorwort in seinem üblichen großsprecherischen Stil: „Bei allem, was wir tun, stellen wir Amerika an erste Stelle.“

„(...) Dieses Dokument ist ein Fahrplan, der sicherstellen soll, dass Amerika die größte und erfolgreichste Nation in der Geschichte der Menschheit und die Heimat der Freiheit auf Erden bleibt. In den kommenden Jahren werden wir weiterhin alle Dimensionen unserer nationalen Stärke ausbauen – und wir werden Amerika sicherer, reicher, freier, größer und mächtiger denn je machen.“

Wenn jemand schreibt, dass seine Nation die größte bleiben solle, dann ist diese Position offensichtlich in Gefahr. Die Gefahr heißt natürlich China. Jeder weiß, wer gemeint ist, wenn in dem Strategiepapier formuliert wird:

„Die Vereinigten Staaten können nicht zulassen, daß eine Nation so dominant wird, daß sie unsere Interessen gefährden könnte. Wir werden mit Verbündeten

und Partnern zusammenarbeiten, um das globale und regionale Machtgleichgewicht aufrechtzuerhalten und das Entstehen dominanter Gegner zu verhindern. Da die Vereinigten Staaten das unglückselige Konzept der globalen Vorherrschaft für sich selbst ablehnen, müssen wir die globale und in einigen Fällen sogar regionale Vorherrschaft anderer verhindern.“

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers 1990 sah es noch ganz anders aus. Der weltpolitische Gegner war verschwunden, die USA waren unangefochten Nr. 1, man sprach vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 2002). Die jetzige US-Regierung erkennt 30 Jahre später, dass die Geschichte doch weitergegangen ist. Spätestens das immer stärker wachsende US-Haushaltsdefizit zeigt, dass die US-Herrschaft an eine Grenze gestoßen ist.

## Überdehnung

Wie formuliert das Papier diesen Punkt?

„Nach dem Ende des Kalten Krieges überzeugten sich die Eliten der amerikanischen Außenpolitik davon, daß eine dauerhafte Vorherrschaft der USA über die gesamte Welt im besten Interesse unseres Landes liege. (...)

<sup>1</sup> Das Dokument sowie eine deutsche Übersetzung bei Wikipedia.

*(...) Sie haben die Fähigkeit Amerikas überschätzt, gleichzeitig einen massiven Wohlfahrts-, Regulierungs- und Verwaltungsstaat sowie einen massiven Militär-, Diplomatie-, Geheimdienst- und Auslandshilfekomplex zu finanzieren.*

*Sie setzten auf äußerst fehlgeleitete und destruktive Weise auf Globalismus und den sogenannten ‚Freihandel‘, wodurch sie genau die Mittelschicht und die industrielle Basis aushöhlten, auf denen die wirtschaftliche und militärische Vorrangstellung Amerikas beruht.“*

Anders ausgedrückt, sie haben sich zu Tode besiegt. Man muss sich also zurücknehmen:

*„Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges haben die [US-] Regierungen oft nationale Sicherheitsstrategien veröffentlicht, die darauf abzielen, die Definition des ‚nationalen Interesses‘ Amerikas so zu erweitern, daß fast kein Thema oder Unterfangen außerhalb seines Geltungsbereichs liegt. Aber sich auf alles zu konzentrieren bedeutet, sich auf nichts zu konzentrieren. Amerikas zentrale nationale Sicherheitsinteressen müssen im Mittelpunkt stehen.“*

Was heißt das nun konkret? Zentrale Punkte sind:

- **Wiederbelebung der Monroe-Doktrin.** Die 1823 von dem damaligen Präsidenten Monroe verkündete Politik lautete kurz: „Amerika den Amerikanern!“ Das war gegen die europäischen Kolonialmächte gerichtet und zielte auf die Vormacht der USA von Alaska bis Feuerland. Heute kommt die Einmischung aus US-Sicht nicht mehr von Europa, sondern von China, das aus Lateinamerika wieder heraus gedrängt werden soll. „Wir werden Wettbewerbern außerhalb der Hemisphäre die Möglichkeit verweigern, Streitkräfte oder andere bedrohliche Kapazitäten in unserer Hemisphäre zu positionieren oder strategisch wichtige Vermögenswerte zu besitzen oder zu kontrollieren.“ Die lateinamerikanischen Länder sollen wieder gefügig gemacht werden. Wir sehen den Überfall auf Venezuela Anfang Januar, natürlich steht auch Kuba auf der Liste der Länder, die widerspenstig sind. Direkte Einmischung in die Wahlkämpfe von Argentinien, Chile, Honduras in den letzten Monaten gehören dazu.
- **Ausgleich mit Russland.** Im Papier heißt es: „Es liegt im zentralen Interesse der Vereinigten Staaten, eine rasche Beendigung der Feindseligkeiten in der Ukraine auszuhandeln, um die europäischen Volkswirtschaften zu stabilisieren, eine unbeabsichtigte Eskalation oder Ausweitung des Krieges zu verhindern, die strategische Stabilität mit Rußland wiederherzustellen und den Wiederaufbau der Ukraine nach Beendigung der Feindseligkeiten zu ermöglichen, damit sie als lebensfähiger Staat überleben kann.“ Die USA waren 20 Jahre lang bestrebt, die Ukraine an den Westen heranzuführen und Russland von der EU abzukoppeln, und konnten schließlich triumphieren, als Russland mit dem Angriffskrieg begann. Jetzt, da das strategische Ziel, die Verbindungen der EU und insbesondere Deutschlands zu Russland zu zerstören, erreicht ist, sehen sie, dass der Konflikt Russland an die Seite Chinas gedrängt hat. Russland und China wären aber zusammen militärisch ein zu mäch-

tiger Gegner. Die Strategie lautet nun, mit Russland den Ausgleich zu suchen, ihm Geschäfte mit den USA anzubieten, um die Allianz mit China, wenn nicht aufzubrechen, so doch aufzuweichen.

- **Konzentration auf China.** Diesem Thema sind sehr viele Seiten gewidmet. Von einem kommenden Krieg wird nicht gesprochen, stattdessen wird die ökonomische Konkurrenz betont und der Wille, diesen Konkurrenzkampf mit allen Mitteln zu führen und zu gewinnen. Militärisch wird vor allem auf die Eindämmung Chinas gesetzt, wobei Taiwan eine wichtige Rolle zugemessen wird. „Zu Recht liegt ein großer Fokus auf Taiwan, zum Teil wegen Taiwans Dominanz in der Halbleiterproduktion, vor allem aber, weil Taiwan direkten Zugang zur zweiten Inselkette bietet und Nordost- und Südostasien in zwei unterschiedliche Schauplätze teilt.“ Hier wird also offen ausgesprochen, dass es bei der Ausrüstung Taiwans nicht um Freiheit und Demokratie geht, sondern um die militärische Absperrung Chinas vom Pazifik.

- **Die EU muss als Konkurrent ausgeschaltet und zu einem Vasallenbündnis werden.** Natürlich führen besonders diese Passagen zum Haareraufen und Flügel schlagen im europäischen Hühnerhof. „Die neue US-Sicherheitsstrategie mit ihren vehementen Vorwürfen gegen Europa sorgt für Empörung. (...) Für den CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen ist es etwas, das ihm als überzeugtem Transatlantiker nicht leicht fällt auszusprechen. Aber die bittere Wahrheit sei, dass die USA seit einigen Wochen zum ersten Mal nicht mehr an der Seite Europas stehen. In Fragen von Sicherheit, Krieg und Frieden.“ (Aus: tagesschau.de)

Was sind das für Vorwürfe, die Röttgen so empören? „Zu den größeren Problemen, mit denen Europa konfrontiert ist, gehören die Aktivitäten der Europäischen Union und anderer transnationaler Gremien, die die politische Freiheit und Souveränität untergraben, die Migrationspolitik, die den Kontinent verändert und Konflikte schafft, die Zensur der freien Meinungsäußerung und die Unterdrückung der politischen Opposition, der Einbruch der Geburtenraten sowie der Verlust der nationalen Identität und des Selbstbewußtseins.“ Damit ist natürlich nicht etwa die Unterdrückung der Palästina-solidarität gemeint, sondern die Behinderung rechter und rechtsextremer Parteien und die (halbherzigen) Versuche, die US-Mediengiganten wie Google, Facebook und Co. europäischem Datenschutz unterzuordnen. Als Gegenmittel wird propagiert, Nationalismus und Patriotismus zu fördern, rechte Parteien in diesem Sinne zu unterstützen: „Amerika ermutigt seine politischen Verbündeten in Europa, diese Wiederbelebung des Geistes zu fördern, und der wachsende Einfluß patriotischer europäischer Parteien gibt in der Tat Anlaß zu großem Optimismus.“ Die USA wünschen sich also ein Europa der Nationalstaaten, mit denen es dann vorteilhaft Handel treiben kann. Das Ziel lautet: „Öffnung der europäischen Märkte für US-amerikanische Waren und Dienstleistungen und Gewährleistung einer fairen Behandlung von US-amerikanischen Arbeitnehmern und Unternehmen“. Also kein einheitlicher europäischer Wirtschaftsraum, der gleichberechtigt im Konzert der Großen mitspielen kann, sondern eine schwache EU, die von



konkurrierenden Nationalstaaten dominiert wird, mit denen die USA leichtes Spiel hat.

## Europäisches Dilemma

Jetzt kann man die Empörung verstehen. Für das deutsche Kapital, also „die deutsche Wirtschaft“, ist die EU die Lebensgrundlage, in der es in einem Maße expandieren, exportieren, importieren und Mehrwert produzieren kann, wie es im eigenen Land nicht möglich wäre. Das ist der Grund, warum Deutschland schon immer den Kurs verfolgt hat, aus der EU einen Bundesstaat zu machen und nicht lediglich einen Bund von Nationalstaaten. Es ist auf diesem Weg zwar vorangekommen, aber lange nicht so weit, dass ein weitgehend einheitlicher Bundesstaat à la USA entstanden wäre. Da die EU tatsächlich ein Bündnis miteinander konkurrierender nationaler Kapitale ist, wäre ein solcher Bundesstaat auch nur unter der Führung eines starken Hegemonen durchsetzbar. Dieser Hegemon war lange Zeit von der Gründung der EU bis in die 90er Jahre die USA. Es lag in ihrem Interesse, gegen das sozialistische Lager ein einheitliches, starkes Europa zu schaffen.

Dieses Interesse gibt es schon seit längerem nicht mehr, das neue Strategiepapier spricht es nun aber besonders klar und offen aus. Spätestens mit der Weltwirtschaftskrise 2008/09 traten die Interessenunterschiede der einzelnen EU-Staaten immer mehr in den Vordergrund. Es wurde immer schwieriger, zu einer einheitlichen Politik zu kommen. Großbritannien trat 2020 sogar aus. In dieser Lage des fehlenden Hegemonen und der Zunahme der Fliehkräfte wurde Russland immer mehr als Feindbild gebraucht, um als gemeinsamer Gegner die Auflösungstendenzen einzuhegen. (vgl. dazu: „Deutschlands Interessen in Europa und der Ukraine-Krieg“, aus arbeiterpolitik.de, 10.2022)

Und nun erklären die USA nicht nur, dass sie auf die Stärkung der Nationalstaaten setzen und damit auf die Betonung der Gegensätze innerhalb der EU, sondern die europäischen Staaten sollen sich auch mit Russland arrangieren.

Man kann jetzt das bizarre Feilschen um den US-Friedensplan für die Ukraine verstehen: Auf der einen Seite die USA, die den Konflikt möglichst schnell beenden, auf der anderen Seite vor allem Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die den Krieg unbedingt verlängern wollen, weil sie ihn für den Zusammenhalt untereinander benötigen.

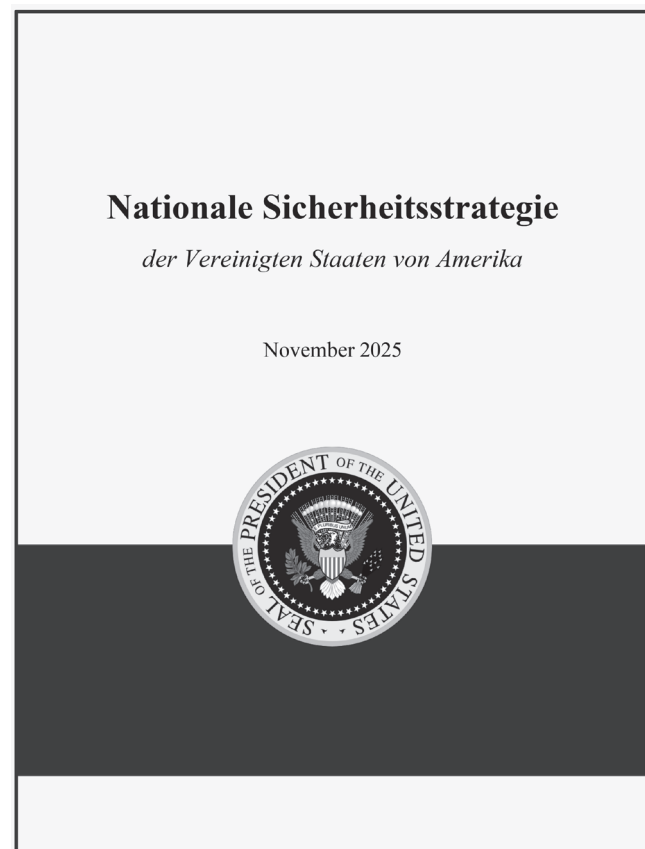
Da die USA nun aber unmissverständlich erklärt haben, dass sie für den Krieg gegen Russland in der Ukraine nicht mehr zahlen werden, müssen die EU-Staaten und Großbritannien die Lücke füllen und dies in einer Zeit der wirtschaftlichen Stagnation, wenn nicht sogar schon Krise.

Die Finanzierung der Ukraine und die Aufrüstungskosten, die die amerikanische Lücke schließen sollen, sind schon jetzt kaum finanzierbar. Deshalb der erbitterte Ver-

such das in Brüssel eingefrorene russische Staatsvermögen zu beschlagnahmen, um den Krieg in der Ukraine zu finanzieren. Sollte der Kriegskurs gegen Russland weiter verfolgt werden, werden sowohl die Differenzen unter den EU-Staaten über die Finanzierungsfrage als auch der weitere Abbau des Sozialstaates zunehmen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die soziale Unzufriedenheit in Widerstand umschlägt oder sich in weiteren Wahlerfolgen von rechten Parteien ausdrückt.

Dass die EU aus dieser Krise herausfinden wird, ist wenig wahrscheinlich. Die Unterordnung der einzelnen Nationalstaaten unter einen Hegemon Deutschland, das wirtschaftlich stärkste Mitgliedsland, ist ausgeschlossen. Frankreich, Polen, Tschechien, die Niederlande, Italien haben ihre Erfahrungen mit Deutschland im 2. Weltkrieg nicht vergessen. Das Auseinanderbrechen der EU, das mehr denn je mittel- bis langfristig droht, soll durch die Aufrechterhaltung des Kriegskurses gegen Russland aufgehalten werden, koste es was es wolle. Gegen diesen Kriegskurs zu kämpfen, darin liegt unsere Aufgabe.

HH, 2.1.26



# Willi Bleicher – Texte eines Widerständigen

Stuttgart 2025, Hermann G. Abmayr (Hg)

Es gibt wohl keinen Gewerkschafter in der Bundesrepublik, der noch 50 Jahre nach seinem Tod ein so großes Ansehen genießt wie Willi Bleicher. Allein die Ankündigung, ein neues Buch über ihn vorstellen zu wollen, reichte aus, um am 8. Mai den großen Versammlungssaal des Stuttgarter Gewerkschaftshauses zu füllen<sup>1</sup>.

Gekommen waren nicht nur Funktionäre der Gewerkschaften und Historiker der Arbeiterbewegung, die üblichen, die bei derartigen Veranstaltungen schon aus beruflichen Gründen nicht fehlen können, sondern eine Vielzahl von aktiven Gewerkschaftern. Einige kannten ihn noch persönlich, doch der überwiegende Teil der Erschienenen hatte nur von ihm gehört, Filme über ihn gesehen oder etwas über ihn gelesen. Der Eindruck, den er bei ihnen hinterlassen hatte, war derart stark, dass sie mehr über ihn wissen wollten. Sogar Jugendgruppen der Einzelgewerkschaften waren erschienen. Sie hatten in ihren Bildungsseminaren von ihm erfahren und Respekt vor seiner Standhaftigkeit und Geradlinigkeit bekommen.

Die Anerkennung, die Bleicher unter Stuttgarter Gewerkschaftern immer noch genießt, erstreckt sich mittlerweile nicht mehr allein auf die IG Metall, deren Mitglied er seit 1949 war, sondern auf alle Einzelgewerkschaften der Region.

Die Veranstaltung bildete den Abschluss des Begleitprogramms zu einer Ausstellung, die sich mit dem frühen Widerstand gegen den Faschismus beschäftigte. Sie wurde gemeinsam vom DGB, der EVG, ver.di, der IG Metall und der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert.

Hermann G. Abmayr stellte auf ihr sein jüngstes Buch zu Willi Bleicher vor. Der Autor stellte in seinem einleitenden Vortrag die Gründe vor, die ihn bewogen hatten, das Buch herauszugeben. Anschließend folgten mehrere Einzelbeiträge, die aus unterschiedlichen Perspektiven ihr Verhältnis zu Willi Bleicher beleuchteten. Der Abend endete mit dem von Abmayr 2007 produzierten Dokumentarfilm *„Wer nicht kämpft, hat schon verloren – Willi Bleicher: Widerstandskämpfer und Arbeiterführer“*. Er erlaubte allen, die ihn nie hatten kennenlernen dürfen, einen persönlichen Eindruck von ihm zu gewinnen.

Bereits 1992 hatte Abmayr eine noch heute lesenswerte Biografie über ihn geschrieben. Sie trug den Titel *„Wir brauchen kein Denkmal“*<sup>2</sup>. Außerdem veröffentlichte er in den letzten Jahren einzelne Aufsätze über ihn und drehte Filme über Bleichers Lebensgeschichte. Das aktuelle Buch ist im Unterschied zu diesen Veröffentlichungen ein Dokumentenband. Es enthält neben einer Vielzahl von Briefen, die er während seiner Haft an Mitglieder der Familie geschrieben hat, eine Reihe von Korrespondenzen mit persönlichen Weggefährten und eigene Stellungnahmen zu gewerkschaftlichen wie poli-



Willi Bleicher als junger Mann

Foto: Sammlung Abmayr

tischen Fragen aus der Nachkriegszeit. Von besonderem Interesse sind zwei ausführliche Interviews<sup>3</sup> mit ihm, in denen alle wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung seit dem ersten Weltkrieg angesprochen werden.

Die einzelnen Abschnitte des Buches werden jeweils durch eine Einleitung historisch eingeordnet. Die Fußnoten geben ergänzende Erläuterungen oder korrigieren nicht ganz präzise Aussagen Bleichers. Wer zu den von Bleicher erwähnten Personen nähere Informationen haben möchte, kann eine Zusammenstellung von Kurzbiografien beim Verlag herunterladen.

## Stuttgarter Arbeiterkind

Bleicher war kein Ideologe, kein Theoretiker der Arbeiterbewegung. Seine Vorstellungen über eine Politik im Interesse der arbeitenden Menschen entwickelte er aus den jeweiligen materiellen Verhältnissen, in denen er lebte.

1 Seit dem 1.5.2016 heißt es Willi-Bleicher-Haus.

2 Hermann G. Abmayr, *Wir brauchen kein Denkmal – Willi Bleicher: Der Arbeiterführer und seine Erben*, Stuttgart 1992. – Der Schmetterling Verlag hat jüngst den Text als E-Book neu herausgebracht.

3 Das erste führte Klaus-Ullrich 1973. Es beschäftigte sich mit Bleichers Leben bis kurz nach Ende des zweiten Weltkrieges. Das zweite führten zwei Stuttgarter Genossen, die ihn nach seinen Einschätzungen zur Arbeiterbewegung nach 1945 befragten. Es wurde in Auszügen in der Arpo kurz nach seinem Tod veröffentlicht. Vgl. Arpo 7'81, S. 13ff.



Seine Erinnerungen beginnen mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Folgen für die proletarische Familie. Nach der Novemberrevolution änderte sich für sie zunächst nicht viel. Die Eltern wussten nach wie vor morgens nicht, woher sie das Essen für den Tag nehmen sollten. Nach Bleicher war der Hunger ständiger Begleiter der Familie. Satt wurden die Kinder selten. Die beengten Wohnverhältnisse, die Schwierigkeit, für die Jugendlichen eine geeignete Ausbildung zu finden, die patriarchalischen, nahezu rechtlosen Arbeitsbedingungen für sie in den Betrieben und die Folgen jahrelanger Arbeitslosigkeit nach dem großen Crash 1929 prägten Bleichers Sicht der Weimarer Republik. Doch die Not, die nicht nur die eigene war, sondern die der Klasse, führte auch zusammen. So spricht er viel von Solidarität, die vor allem in den Jugendgruppen der Arbeiterorganisationen herrschte, von kollektiver politischer Arbeit und gemeinsamer Freizeitgestaltung wie von dem ständigen Drang, sich fortzubilden.

Die Zeit im Faschismus begann für Bleicher mit der bitteren Erfahrung, dass ein großer Teil der Arbeiter nach der Machtübergabe an Hitler sich den neuen Verhältnissen anpasste. Angesichts der drohenden Repression war dies nicht überraschend, doch von den Aktiven der organisierten Arbeiterbewegung hatte er anderes erwartet. Viele Mitglieder der proletarischen Massenorganisationen wechselten nach 1933 die Seiten und ordneten sich den faschistischen Verbänden unter. Aktiven Widerstand waren nur wenige bereit zu leisten und die waren auch noch untereinander zerstritten. Wer sich zur Illegalität entschloss, musste mit Verfolgung, Inhaftierung und Folter rechnen. Die sozialen Kontakte blieben auf ein Minimum beschränkt, die eigenen Lebensverhältnisse waren von Kargheit bestimmt.

Die Lage unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges war erneut von existentieller Not geprägt<sup>4</sup>. Die Sicherung der Ernährung für die Familie, die Lösung der Wohnungsfrage, die Anhebung der Hungerlöhne wie die soziale Absicherung besonders im Krankheitsfall standen für die Arbeiter\*innen im Vordergrund. Die erste Generation der Betriebsräte musste sich, wollte sie von den Beschäftigten anerkannt werden, aktiv um die elementarsten Bedürfnisse der Beschäftigten kümmern.

Die wenigen Überlebenden der durch den Faschismus vernichteten politischen Arbeiterbewegung waren trotz des Willens zur Überwindung der bisherigen Gegensätze nicht in der Lage, eine einheitliche Kraft zu schaffen. Die große Mehrheit der Kader der neu gegründeten Parteien unterstellte sich den jeweiligen Besatzungsmächten und übernahm deren gesellschafts- wie geopolitische Vorstellungen.

Diese Umstände schränkten nach Bleicher die Bedeutung der Arbeiterkämpfe der Nachkriegszeit ein. Selbst die radikaleren Auseinandersetzungen brachten zwar einige tarifpolitische wie auch politische Fortschritte für die Beschäftigten, doch die Kräfteverhältnisse änderten sie nicht grundlegend. Bleicher weist in den Interviews darauf hin, dass in Baden-Württemberg auch die Arbeiter, die in den Tarifikämpfen bereit waren, große Opfer zu

bringen, am folgenden Wahlsonntag bei der CDU ihr Kreuzchen machten.

## Schulung in der KPO

Bleicher resignierte trotz der Erfolgslosigkeit der von ihm verfolgten Politik am Ende seines Lebens nicht. Dies lag im Wesentlichen daran, dass er wie nur wenige andere in der Lage war, eine realistische Einschätzung der bestehenden Kräfteverhältnisse vorzunehmen. Diese Fähigkeit erlaubte ihm, in den unterschiedlichsten Situationen seine politischen Ziele im Spannungsverhältnis von kurz- und langfristigen Zielen immer wieder neu zu bestimmen. Gelernt hatte er dies in der KPO.



„Lernt von Lenin“. KJO Jugendgruppe Luginsland.

Mit Fliege Willi Bleicher

Foto: Sammlung Abmayr

Schon früh trat er in die Gewerkschaft ein. Bald darauf schloss er sich dem kommunistischen Jugendverband KJVD an. Es dauerte nicht lange, bis er Funktionen übernahm. Seine Integrationskraft war ausgeprägt, sein Redetalent beeindruckte, sein Bildungshunger konnte nicht gestillt werden. Er vermochte schwierige Sachverhalte so darzustellen, dass die Jugendlichen sie verstanden.

Bleicher gehörte bis zum Frühjahr 1929 dem KJVD an. Die Stuttgarter Ortsgruppe des Verbandes widersetzte sich dem von der KI Anfang 1928 eingeleiteten Kurswechsel, der zur Aufgabe der Einheitsfronttaktik und der Gründung Roter Gewerkschaften führte. Erst im Frühsommer 1929 gelang es der Bezirksleitung die Stuttgarter Gruppe auszuschließen. Bleicher beteiligte sich an der Gründung der KJVD-Opposition, die in Stuttgart in mehreren Stadtteilen verankert war.

Ab Mitte 1932 bereiteten sich die Stuttgarter KPO wie die Jugendorganisation auf die Illegalität vor. Bleicher, der Vorsitzender der KJO im Land Württemberg war, spielte bei der Umstellung der Organisation auf die neuen Verhältnisse eine wichtige Rolle. Er war seit mehreren Jahren arbeitslos und verfügte über viel Zeit.

<sup>4</sup> Vgl. Keine kämpferische Geschichte, Arpo 7'81, S. 13 ff.

## Im Widerstand

Nach der Machtübergabe an die Faschisten tauchte Bleicher unter. Er musste mit der sofortigen Verhaftung rechnen. Nach einigen Monaten wurde ihm der Boden zu heiß. Er ging über die Grenze in die Schweiz und kam für einige Monate in Schaffhausen unter. Dort gab es eine starke KPO-Gruppe, die ihn eine Weile verstecken konnte. Von hier aus schmuggelte er Material der Opposition nach Deutschland, Broschüren und Zeitungen, und sorgte dort auch für deren Vertrieb. Er lebte eine Weile illegal in Stuttgart, ging dann aber wieder zurück in die Schweiz. Nach einiger Zeit musste er das Land verlassen und floh nach Frankreich. In Besançon fand er Unterschlupf und Arbeit. Dann zog es ihn nach Straßburg, wo sich die Auslandsleitung der KPO und die Zentrale der IVKO niedergelassen hatte. Für ihn überraschend durfte er im Sommer 1934 nicht an der Auslandskonferenz der KPO in Paris teilnehmen. Stattdessen wurde er zur illegalen Arbeit ins Saarland geschickt. Dort erfuhr er, dass die Organisation nichts mehr mit ihm zu tun haben wollte.

Anlass für den Ausschluss war nicht ein Fehlverhalten seinerseits, sondern seine Freundin Helene Beck. Sie war zu Zeiten der Weimarer Republik Sekretärin des DMV gewesen und nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) Schreibkraft. Die Nazis hatten einen sehr kleinen Teil der Angestellten weiter beschäftigt. Sie war Mitarbeiterin eines örtlichen Funktionärs. Allerdings war sie nicht zu den Nazis übergelaufen, sondern nutzte ihre Position, um Informationen für den Widerstand zu beschaffen. Sie wurde deshalb verhaftet und im April 1937 wegen Hochverrats zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Doch diese Hintergründe ließen sich unter den schwierigen Verhältnissen der Illegalität nicht klären.

Bleicher war nach der Kaltstellung geschockt, gar verzweifelt. In dem Interview mit Ulrich beschreibt er seine Situation wie folgt: „*Das war das Schlimmste, was ich also in all den Jahren mitgemacht habe. Ich kann mich sehr entsinnen, dass ich zum ersten Mal mit dem Gedanken des Selbstmords gespielt habe*“<sup>5</sup>. Er ging zurück nach Stuttgart, nahm eine Arbeit auf und suchte Kontakt zu anderen Widerständlern. Nach einiger Zeit wurde er verhaftet und nach langer Untersuchungshaft verurteilt. Nach Ende seiner Strafhafte nahm ihn die Gestapo in Schutzhaft. Über verschiedene Stationen gelangte er ins KZ Buchenwald.

In Buchenwald wurde er der KPO zugerechnet und fühlte sich mit denen, die aus der Gruppe kamen, eng verbunden<sup>6</sup>. Nach Walter Bartel bildeten die Mitglieder einen „festen Zusammenhalt“, wobei er Bleicher nicht erwähnt<sup>7</sup>.

Bleicher machte die Erfahrung, dass unter den politischen Häftlingen im Lager die alten Gegensätze eine untergeordnete Rolle spielten. Es ging nicht mehr um Taktik und Strategie der Arbeiterbewegung, sondern allein um

die Selbstbehauptung gegenüber den Nazis. Wichtig war, dass jeder seinen Beitrag zum Überleben der Häftlinge leistete, sich uneingeschränkt solidarisch verhielt und diszipliniert der illegalen Lagerleitung folgte. Kontakte nach draußen gab es kaum. Die inländischen Strukturen der politischen Gruppen waren Ende der 30er Jahre von der Gestapo weitgehend zerschlagen worden, die Auslandsleitungen aufgrund des Vormarsches der Wehrmacht aufgelöst. Alle mussten sich neu orientieren, ihre Entscheidungen selbständig treffen. Es entstanden Widerstandsgruppen, die sich nicht mehr ausschließlich an den alten Parteigrenzen orientierten.

Bleicher wurde unter den kommunistischen Insassen des KZ schnell zu einer Schlüsselfigur. Er sorgte in der Effektenkammer für die Sicherung der wenigen Habseligkeiten der Häftlinge. Er war entscheidend daran beteiligt, dass der zweijährige jüdische Junge Jerzy G. Zweig im Lager versteckt und von den Bewachern nicht entdeckt wurde.

Als die Häftlinge erfuhren, dass Ernst Thälmann, der in einem Sonderbereich in Buchenwald inhaftiert worden war, von den Nazis ermordet wurde, organisierten sie eine Gedenkfeier. Bleicher war maßgeblich an deren Vorbereitung beteiligt. Robert Siewert, ebenfalls Mitglied der KPO, hielt die Gedenkrede.

Die Feier wurde schließlich verraten. Die Nazis sahen Bleicher als einen der Hauptverantwortlichen der Veranstaltung. Sie überführten ihn ins Polizeigefängnis nach Weimar. Die Haftbedingungen dort waren extrem, mehrfach wurde er brutal gefoltert. Doch er hielt stand. Die Nazis erfuhren nichts über den Widerstand der politischen Häftlinge.

Die Befreiung erlebte Bleicher nicht in Buchenwald. Er konnte deshalb nicht aus eigener Anschauung beurteilen, welchen Charakter die später als „Selbstbefreiung“ bezeichnete Übernahme der Lagerleitung durch die Häftlinge hatte. Dass sie die letzten noch im Lager verbliebenen Nazis entwaffneten und zwei Tage das Lager kontrollierten, ist unbestritten. Nach vielen im Nachhinein geführten Gesprächen mit denen, die bis zum Schluss in Buchenwald inhaftiert waren<sup>8</sup>, kam Bleicher zu dem Schluss, dass man von einer „Selbstbefreiung“ im engeren Sinn des Wortes nicht sprechen könne. Darin war er sich mit Eugen Ochs<sup>9</sup> und anderen KPO'lern, die dort einsaßen, einig. Die Amerikaner standen bereits vor den Toren, der größte Teil der Bewacher war geflohen. Diese Sicht mindert weder den aktiven Widerstand im Lager noch den Umstand, dass die Häftlinge trotz der jahrelangen Torturen noch in der Lage waren, über alle politischen, nationalen wie religiösen Grenzen hinweg solidarisch zu handeln<sup>10</sup>.

Die Demonstration der Gefangenen am 11. April 1945, dem Tag ihrer Befreiung, zeigte aller Welt, dass sie sich nicht aufgegeben hatten. Die Verabschiedung des Buchenwalder Manifestes bildete nach Thälheimer eine

5 Hrsg. Hermann G. Abmayr, Willi Bleicher – Texte eines Widerständigen, Stuttgart 1924, S. 19.

6 Mitte 1939 sollen in Buchenwald 17 Mitglieder der KPO inhaftiert gewesen sein. Vgl. Brief von Brandler an F. Wiest vom 9.6.1945, zitiert nach: Zur Neu-Herausgabe der „Übersichten“, in: Westblock-Ostblock, o.O.u.J. [Bremen 1993], S. 21.

7 Vgl. Abmayr, Wir brauchen ..., S.140 (Fußnote 5).

8 Vgl. die Beschreibung der letzten Tage im Lager durch Heinrich Plum, KPD-Mitglied. „... aus einem alten Tagebuch“, Arpo 2'95, S. 8f.

9 Eugen Ochs, Ein Arbeiter im Widerstand, Stuttgart 1984, S. 113.

10 Vgl. Stellungnahme eines Genossen, der mit Robert Siewert in der Illegalität nach 1933 zusammengearbeitet hat, Arpo 2'95, S. 1.





Willi Bleicher, Ludwig Becker, Eugen Ochs, Anfang der 50er Jahre  
Foto: Sammlung Abmayr

Grundlage für die Entwicklung einer eigenständigen Politik der Arbeiterbewegung in Deutschland.<sup>11</sup>

### Politischer Weg nach 1945

Nach der Befreiung wollte Bleicher an die Erfahrungen anknüpfen, die er im Widerstand gewonnen hatte: *„Eine einheitliche Arbeiterbewegung, eine einheitliche Arbeiterpartei und eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung – das war unser Wollen. Neu beginnen unter Berücksichtigung der Lehren, die uns der Faschismus so grausam, so blutig und so schmerzlich aufzwang. Alle, ausnahmslos alle Organisationen der Arbeiterbewegung waren ja zer schlagen worden vom Faschismus“*.<sup>12</sup>

Recht schnell wurde klar, dass dies nicht gelingen würde. Fortan konzentrierte sich Bleicher auf die Stärkung einer geeinten kommunistischen Partei. Anfangs schien dies auch Erfolg zu versprechen. Die alten Gegensätze spielten fast keine Rolle mehr, alle Kraft wurde auf die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft auf antifaschistischer Grundlage konzentriert. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie sollte solidarisch mit dem Ziel erfolgen, eine Restauration des Kapitalismus zu verhindern.

Aber schon bald stellte sich heraus, dass die Spitze der KPD sich den machtpolitischen Gegebenheiten der Nachkriegszeit unterwarf. Im Osten löste sie sich in die SED auf und nahm fortan den Charakter einer Verwaltungspartei an. Im Westen blieb zwar der Name der Par-

tei erhalten, doch war die Partei nicht viel mehr als die Bezirksorganisation Westdeutschland der SED. In Grundsatzen wurde in allen Organisationseinheiten eine Diskussion über den Kurs der Partei eingeschränkt, eine Kritik an der Besatzungspolitik der Sowjetunion repressiv unterbunden.

Bleicher teilte diesen ab 1946 sich durchsetzenden Kurs nicht<sup>13</sup>, will aber zunächst die Partei nicht verlassen und sich einer Kleinorganisation anschließen<sup>14</sup>. Er lehnte es ab, in die 1947 gegründete Gruppe Arbeiterpolitik einzutreten oder sie aktiv zu unterstützen. Er hätte dann den Rückhalt der KPD-Mitglieder verloren, die in den ersten Nachkriegsjahren in den Einzelgewerkschaften, resp. der IG Metall, recht stark waren.

Als sich Anfang der 50er der Kurs weiter zuspitzte, die SED und in ihrer Folge auch die KPD in der BRD mit inquisitorischen Mitteln fast alle kritischen Kräfte aus der Partei drängte, ihnen zeitweise sogar die Existenzgrundlage entzog, wurde Bleicher aufgefordert, den Kontakt zu seinem Genossen Eugen Ochs, der in Buchenwald sein engster Vertrauter war, abubrechen. Er lehnte dies ab und trat aus der Partei aus. Der Bruch erfolgte noch vor der Verabschiedung der These 37 auf dem „Münchener Parteitag“ der KPD im März 1951. Sie verlangte von den kommunistischen Mitgliedern in den Gewerkschaften „Kampfhandlungen auszulösen auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer“ und Aktionen zu entwickeln, in denen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gemeinschaftlich mit den unorganisierten Arbeitern in einer Front“ stehen.<sup>15</sup>

Bleicher trat 1953 der SPD bei, wie er selbst sagte, aus „opportunistischen“ Gründen<sup>16</sup>. Er wollte seine Position in der Gewerkschaft nicht gefährden. Er zahlte nur die Beiträge, übernahm aber keine Funktionen und wurde nie Sozialdemokrat. Zwingend war diese Entscheidung aber keineswegs. Eugen Ochs, der von 1955 bis zu seiner Verrentung 1970 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Ludwigsburg war, ging diesen Weg nicht<sup>17</sup>.

### Was bleibt von Willi Bleicher?

Bleicher distanzierte sich nie von den politischen Positionen der KPD. Er teilte auch nach 1945 die von Thalheimer entwickelten Einschätzungen zur Nachkriegssituation<sup>18</sup>. Dennoch war er nicht bereit, in die Gruppe

11 Vgl. Thalheimer, Internationale monatliche Übersicht, Juli 1948, Nr. 12, in: Ostblock-Westblock, o.O.u.J. [Bremen 1993], S. 366; August Thalheimer, Die Potsdamer Beschlüsse, Bremen 1950, S.11; Vgl. a. Der Widerstand gegen den faschistischen Terror soll denunziert werden, Arpo 2'95, S. 1ff.

12 Vgl. Keine kämpferische..., S. 14.

13 Bleicher war schon mit der Vertreibungspolitik der Sowjetunion aus den östlichen Ländern nicht einverstanden, zieht daraus aber anfangs keine Konsequenzen. Vgl. Keine kämpferische ..., S. 15.

14 Bei einem Besuch in Buchenwald sehen Bleicher und Becker zwar, dass viele Entscheidungen der SED den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufen, verteidigen deren Politik aber noch grundsätzlich. Eugen Ochs, der mit ihnen gefahren war, nimmt dagegen kein Blatt vor den Mund. Vgl. Brief von Eugen Ochs an Heinrich Plum vom 21.5.48, in: Rene Lehmann, Abschlussbericht zum Briefnachlass Heinrich Plum, S. 49.

15 Vgl. Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. Entschliebung des Münchener Parteitages (3.-5.3.1951), in: KPD 1945 – 1968. Dokumente, Band 1, Neuss 1989, S. 356f.- Der ‚Münchener Parteitag‘ fand in Weimar statt.

16 Vgl. Keine kämpferische ..., S. 17.

17 Er verteidigte sich entschieden gegen den Vorwurf von Heinrich Plum, sozialdemokratische Positionen eingenommen zu haben. Vgl. „Eugen Ochs an Heinrich Plum vom 16.1.49, in: Lehmann, Abschlussbericht ..., S. 56; Vgl. a. Eugen Ochs an Heinrich Plum vom 14.6.49, ebenda, S. 64.

18 Ende einer Spur – Zum Tode von Willi Bleicher, Arpo 6'8 S.15.



Franz Steinkühler (links)  
und Willi Bleicher in  
den 60er Jahren

Foto: Sammlung Abmayr

Arbeiterpolitik einzutreten oder gar eng mit ihr zusammenzuarbeiten. Dies hatte mehrere Gründe.

Am Ende der Weimarer Republik hatte er gesehen, dass die nicht geeinte Arbeiterbewegung den Faschismus nicht aufhalten konnte. Kleinere Organisationen wie die KPO und die SAPD waren dazu aber auch nicht in der Lage, so berechtigt ihre Kritik an den jeweiligen Mutterorganisationen auch war<sup>19</sup>.

Im Nachkriegsdeutschland sah er nur unter der Voraussetzung die Möglichkeit eine Gegenkraft zu den bürgerlichen Kräften zu entwickeln, wenn die Arbeiterorganisationen es schaffen würden, wieder politisch geeint aufzutreten.

Nachdem sich die Parteien unter Mithilfe der jeweiligen Besatzungsmächte wieder gegründet hatten und eine programmatische Erneuerung nicht erfolgte, hatten sich diese Hoffnungen zerschlagen. Bleicher sah nur noch in der Arbeit in den Gewerkschaften einen Ansatzpunkt, seine Vorstellungen von der Einheit der Arbeiterbewegung wenigstens teilweise durchzusetzen. Er trat für eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung ein, die es wenigstens in den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern schaffen konnte, die politischen Gegensätze zu überwinden und als Klasse aufzutreten.

Ein weiterer Grund für seine Distanz zur Gruppe Arbeiterpolitik war vermutlich, dass er innerlich immer noch nicht verwunden hatte, dass er von der KPO 1934 ausgeschlossen wurde, ohne ihn anzuhören. Eine formelle Revision der damaligen Entscheidung konnte nach Ende des Krieges nicht erfolgen, da die KPO sich 1945 aufgelöst hatte<sup>20</sup>.

Dennoch hielt Bleicher zu seinen früheren Kampfgefährten aus der KPO Kontakt, soweit dies auf Gegensei-

tigkeit beruhte. In Frankfurt traf er sich 1949 mit Brandler<sup>21</sup>. Gemeinsam mit Eugen Ochs und Ludwig Becker trafen sie in den fünfziger Jahren mehrfach in Stuttgart mit Brandler zusammen<sup>22</sup>. Auch mit Robert Siewert stand er weiter im Austausch<sup>23</sup>. Es entwickelte sich eine rege Korrespondenz. Gemeinsam besuchten sie das KZ Buchenwald. Die Verbindungen zu Eugen Ochs und Ludwig Becker blieben stabil.

Bleicher gehörte zu den wenigen Gewerkschaftern der Nachkriegszeit, die sich nicht kompromittieren ließen, aufrichtig und gradlinig blieben und alles, was in ihrer Macht stand, unternahmen, um wieder eine eigenständige Arbeiterbewegung entstehen zu lassen.

Wer sich mit Bleicher beschäftigen will und keine Heldengeschichte erwartet, für den ist das vorliegende Buch vortrefflich geeignet. Es will nicht den Eindruck erwecken, dass man in Bleicher den Schlüssel für die Lösung aller Probleme der Arbeiterbewegung findet. Vielmehr will es anregen, sich mit deren Geschichte kritisch auseinanderzusetzen. Folgt man diesem Ansatz, wird man bestimmen können, welche Bedeutung Bleicher für die heutigen gewerkschaftlichen wie politischen Kämpfe noch hat<sup>24</sup>.

H.B, 22.12.2025 ■

19 Vgl. Abmayr, Willi Bleicher ..., S. 178ff.

20 Vgl. Abmayr, Willi Bleicher ..., S. 281.

21 Bleicher erwähnt, er habe sich 1948 mit Brandler getroffen. Brandler kam aber erst im Mai 1949 zurück nach Deutschland. Vgl. Abmayr, Willi Bleicher, S. 281.

22 Abmayr, Wir brauchen ..., S. 47.- Brandler hielt sich in diesen Jahren häufiger in Stuttgart auf. Er bekam bei Bertha Schöttle-Thalheimer Quartier.

23 Vgl. Briefwechsel mit Robert Siewert, in: Abmayr, Willi Bleicher ..., S. 292-298.

24 Vgl. Willi Bleicher will die Einheit – aber mit welchem Ziel?, Arpo 5'79, S. 12; S.a. Ende einer Spur – Zum Tode Willi Bleichers, Arpo 6'81, S.15.